Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

09.03.1932 (Nr. 46)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfennig

BMZ

Mittwoch, 9. März 1932 • Nummer 46

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die BMZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugpr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Textteil RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengesuche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Hitler spricht vor 15000 Stuttgartern

Wahlstimmung: Hitler siegt!

An Bremens Frauenschaft

Sind wir Nationalsozialisten für Ehebruch und Auflösung der Familie?

Verlogene Moral

Die Schünemannpresse veröffentlichte am letzten Februartag eine Erklärung, in der es im Wortlaut heißt:

„Alle Werbungen für eine Partei oder einen Kandidaten, alle Aufforderungen zum Besuch einer Wahlversammlung, alle Hinweise auf Parteiprogramme oder Punkte eines solchen, alle Angriffe auf eine Partei, eine Parteileitung, auf Kandidaten oder Einzelpersonen, wie überhaupt alle Veröffentlichungen politischen Inhalts müssen mit vollem Namen unterzeichnet und als Anzeigen aufgegeben werden".

Unterzeichnet ist diese Erklärung von der Bezirksarbeitsgenossenschaft der Nordwestdeutschen Presse. Als wir das lasen, wußten wir sofort, daß sich keines der beiden Bremer Blätter an diese Abmachung halten würde, die lediglich dazu getroffen war, um evt. nationalsozialistische Einsendungen abzulehnen. Wir haben dann auch in den letzten Tagen mehr als einmal feststellen können, daß die Bremer Nachrichten sich selbst Lügen strafen und Werbungen für eine Partei oder einen Kandidaten veröffentlichen, ohne daß der Name darunter steht und ohne daß diese Werbung als Anzeige behandelt wurde.

Ein besonders drastischer Fall von Nichtachtung selbst getroffener Vereinbarungen ereignete sich am letzten Dienstag. Wir hatten schon ganz kurz in unserer gestrigen Ausgabe die Unterstellungen zurückgewiesen, die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in einem Artikel „NSDAP. und Frauen" gemacht wurde. In diesem Artikel wird uns Nationalsozialisten vorgeworfen, daß wir für Auflockerung des Familienlebens, für Zerstörung der Einehe und für Ehebruch des Mannes seien. Schließlich stellt die Einsenderin fest, daß auch unser Führer Adolf Hitler sich durch eine „beispiellose Mißachtung der Gefühle und Persönlichkeitsrechte jeder Frau", schuldig gemacht habe. Wenn wir uns in keinem Wahlkampf befänden, hätten diese Ausführungen als Anlaß zu einer sachlichen Auseinandersetzung gewertet werden können. In diesen Tagen aber wirken sie, zumal sie unsachlich vorgetragen werden, demagogisch auf Stimmenfang abgestellt.

Wir können darum selbstverständlich nicht eine grundlegende Betrachtung über die Pflichten und Rechte der Frau im kommenden Reich als Erwiderung bringen. Aber wir könnten der Verfasserin des Artikels sagen, daß, wenn sie ein Buch zitiert, sie sowohl sich anständig sein muß, nicht Sätze aus dem Zusammenhang zu reißen und vor allen Dingen nicht Sätze zu unterschlagen, die das Gegenteil ihrer Behauptungen beweisen. Nach dem Artikel soll Rosenberg in seinem „Mythos des 20. Jahrhunderts" zu den oben aufgeführten Grundsätzen gekommen sein und schätzt man nun in dem Buch nach, so findet man z. B. auf Seite 582 zwar scharfe Worte über die „heuchlerische" geschlechtsbefriedigende Gesellschaft", aber man findet dann sofort das ausdrückliche Bekenntnis zur Einehe. Auf dieser gleichen Seite fordert Rosenberg, daß man Schluß damit mache, uneheliche Kinder zeitlebens einen Makel tragen zu lassen, während man es duldet, daß sich in Deutschland Frauen mit Juden oder Mulatten verheiraten, ohne daß sie der moralischen Aechtung verfallen. Diese ganzen Ausführungen sind aber, und auch das geht ganz eindeutig aus ihnen hervor, wenn man sich die Mühe macht, den ganzen Abschnitt zu lesen, nicht als politisches Tagesprogramm ausgesprochen, sondern sind wissenschaftlich gehaltene geschichtsphilosophische und biologische Ausführungen, die zum mindesten den Anspruch erheben, ebenso sachlich und frei von aller Tagespolitik kritisiert zu werden, wie sie selbst von dem Verfasser vorgetragen werden. Wir begnügen uns daher mit der Feststellung, daß es sich hier um eine Wahllüge zu durchsichtigen Zwecken handelt, die unter Fälschung des benutzten Quellenmaterials von den Bremer Nachrichten entgegen ihrer eigenen Erklärung vom Montag, den 29. Februar, verbreitet wird.

In dem Artikel wird dann Hitler vorgeworfen, daß er sich auf die Seite 255 und 259 seines Buches „Mein Kampf" besonders abfällig über die Frauen ausgesprochen haben soll. Jeder kann sich selbst davon überzeugen, daß **auf keiner dieser beiden Seiten überhaupt von Frauen die Rede ist.** Wir müssen also schon die Verfasserin des Artikels bitten, uns die Stelle anzugeben, in der die behaupteten Sätze stehen.

Wenn Adolf Hitler dann später auf Seite 459 sich dazu bekennt, daß die höchste Aufgabe der Frau der Mutterberuf ist und daß darum die Erziehung der Mädchen in erster Linie eine Vorbereitung auf diesen Beruf sein muß, so wissen wir uns hier eins mit allen gesund empfindenden Frauen aller Volksschichten. Dieser ganze Angriff erscheint uns umso unsachlicher, als gerade das System, das wir auf das bitterste bekämpfen und die hinter ihm stehenden Parteien seit Jahren nichts anderes tun, als auf eine Zerschlagung der Familie und Zerstörung aller sittlichen und moralischen Grundsätze des Volkes hinzuarbeiten. **Das System läßt einen Dr. Magnus Hirschfeld in deutschen Mädchenschulen die Forderung aufstellen, sich auszuleben und wenn Folgen eintreten, solle man sich an ihn wenden.** Das System setzt sich für die Abtreibung ein, die wie nichts anderes dazu angetan ist die sittlichen und christlichen Grundlagen der deutschen Ehe zu zerstören. Die heute herrschende Weltanschauung hat es mit sich gebracht, daß man an vielen Orten nicht mehr die Frauen von den Dirnen unterscheiden kann, sei es in Kleidung oder Benehmen. Und die Frauenrechtlerinnen selbst sind es gewesen, die mit ihren übertriebenen Forderungen die Ritterlichkeit des Mannes gegenüber der Frau in großen Teilen des deutschen Volkes zerstört haben. Und das System ist es, das auf Grund seiner hemmungslosen Wirtschaftspolitik es zuläßt, daß Tausende und aber Tausende von jungen Mädchen in ihrer schweren Berufsarbeit sittlichen Gefahren ausgesetzt sind, in denen die Begriffe Mutter und Familie schon in frühen Jahren zerstört werden. Darum erheben gerade wir Nationalsozialisten Anspruch darauf, die **ureigensten Rechte und Pflichten der Frau in den Vordergrund gestellt zu haben.**

Wie innerlich unwahr und geheuchelt die Moral der bremischen Frauenrechtler ist, die hinter diesem Artikel stehen, beweist folgender Fall. Die in Bremen befindliche „öffentliche Straße" wurde als unwürdig der Form nach aufgehoben und damit glaubten diese Vorkämpfer des Frauentums, eine große sittliche Tat vollbracht zu haben. Heute leben in dieser Straße nicht nur käufliche Mädchen, sondern Familien mit Kindern, die man unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in diese Straße hineingelockt hat und wir erleben das erschütternde Schauspiel, daß schon die Kinder auf der Straße „Männerfang" spielen und sich gegenseitig fragen, ob sie mal mitkommen wollten. Wenn die Frauenrechtlerinnen alle Lösungen sozialer Frauenfragen so durchführen, daß unschuldige Kinder dabei moralisch zugrunde gehen, so ist es höchste Zeit, daß mit diesem Spuk aufgeräumt wird. Mit Phrasen und Schlagworten kommen wir nichts weiter. Allein die Rückkehr zu rassischen und und damit sittlichen, christlichen Grundsätzen ist die Voraussetzung dafür, daß die Frau im Volk wieder die gleiche geachtete und hehre Stellung als Mutter einnimmt, wie wir es von unseren Vorfahren wissen. Dazu brauchen wir keine Blaustrümpfe, sondern wirklich Mütter, die in ihren Kindern und deren Erziehung die höchste Vollendung ihrer Lebensaufgabe sehen. Dazu gehört aber ein gesund empfindendes Volk in einem gesunden Staat und so muß und wird jede Frau am kommenden Sonntag Adolf Hitler wählen.

— art.

Wohin steuert der Bremer Stahlhelm?

Freie Aussprache nicht möglich! — Beschämendes Schauspiel am Vorstandstisch. — Eine Frage und keine Antwort.

Am gestrigen Dienstag hatte der Kampfblock „Schwarz-weiß-rot" zu einer Wahlversammlung mit freier Aussprache eingeladen, die einen **mehr als beschämenden Verlauf nahm,** und man fragt sich, ob mit dem Führerwechsel im Stahlhelm in einem kleineren Teile dieser Organisation auch ein Wechsel der Anschauungen sich vollzogen hat.

Die Versammlung war sehr schwach besucht, als zunächst Professor Hoffmann, Münster, die Gründe entwickelte, warum sie nicht Hindenburg wählen könnten. Da sich der Redner nur auf eine Aufzählung von Einzelfällen beschränkte, vermißte man eine grundsätzliche weltanschauliche Linie, die allein die Deutschnationale Volkspartei davor bewahren kann, wieder in dem parlamentarischen Sumpf stecken zu bleiben, wie es schon einmal drei Jahre hindurch geschah. Der Redner gab dann die Bedeutung und Kraft unserer Bewegung zu, machte aber zum Schluß, um überhaupt die Parole Düsterberg anbringen zu können, einige nicht ganz sachliche Angriffe mit Hilfe alter Ladenhüter, die schon tausendfältig widerlegt sind.

Während die anwesenden Nationalsozialisten bislang den Redner mit keinem Wort unterbrochen hatten, setzte **von seiten des Stahlhelms sofort ein wüster Tumult ein, als unser Diskussionsredner, Pg. von Sichart zu sprechen begann,** obwohl er mit keinem Wort dem Stahlhelm zu nahe trat. Ihm kam es darauf an, festzustellen, daß diese Präsidentenwahl ein weltanschaulicher Kampf sei, der zwischen nationalem Sozialismus und Liberalismus aller Schattierungen ausgetragen würde. **Da aber selbst Herren vom Vorstandstisch, so Major von Brickenstein, es fertig brachten, durch Gesten und Zwischenrufe die Versammlung gegen den öffentlich eingeladenen Diskussionsredner aufzuputschen, war eine sachliche Auseinandersetzung nicht möglich.**

Wir empfehlen den Herrschaften, eine nationalsozialistische Versammlung zu besuchen und an der SA. zu lernen, was Disziplin und Redefreiheit ist. Eine Reihe von Zuhörern standen denn auch ostentativ auf und verließen den Saal.

Pg. von Sichart stellte dann an den folgenden Redner die Frage, **ob es Tatsache sei, daß sich der Schwarz-weiß-rote Kampfblock mit dem Gedanken trage, im zweiten Wahlgang Hindenburg zu wählen?** Der deutschnationale Abgeordnete Lavarenz habe das in Hamburg bereits angekündigt. (Auffallend ist auch, daß bei der zweiten Wiedergabe der Brüning-Rede im Rundfunk die Angriffe gegen die Deutschnationalen fortgelassen wurden!!)

Herr Vagts mußte zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Versammlung so wenig Disziplin gehalten habe. Unsere Frage nach der weltanschaulichen Grundlinie wurde mit dem Schlagwort „Unsere Weltanschauung ist das Vaterland" beantwortet. Bekanntlich stehen hinter diesem Wort fast sämtliche Systemparteien. Wenn dann weiter ausgeführt wurde, der Stahlhelm umfasse alle Frontsoldaten, so ist das eben ein großer Irrtum! **Nur ein ganz bestimmter, klassenmäßig bürgerlich** eingestellter Teil hat sich im Stahlhelm organisiert, von denen allerdings heute mehr als die Hälfte begriffen hat, daß **es sich nicht mehr um bürgerliche Interessen, sondern um die des gesamten Volkes handelt.** Herr Vagts bekannte sich denn auch noch einmal ausdrücklich zu diesem bürgerlichen Sonderstandpunkt und blieb bei alledem **die klare Antwort auf unsere Frage schuldig.**

Wir fragen darum noch einmal an dieser Stelle, ob nicht der Kampfblock „Schwarz-weiß-rot" bei einem günstigen Angebot Brünings sich zu einer Wiederwahl Hindenburgs entschließt. Keine Antwort ist in diesem Falle auch eine Antwort!

Zum Schluß stellen wir fest, daß **noch in der Versammlung einige Stahlhelmer um Aufnahmescheine für die NSDAP. baten,** da sie dieses Treiben nicht mehr mitmachen wollten.

Bierstreik in Hamburg erfolgreich durchgeführt

Hamburg, 8. März. In der öffentlichen Gast- und Schankwirtsversammlung von Groß-Hamburg am Dienstag nachmittag wurde durch Urabstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, den Bierstreik abzubrechen. Die Versammlung nahm davon Kenntnis, daß in den Biersteuerverhandlungen am Montag die Reichsregierung **amtlich die Bestätigung für eine zum 20. März 1932 in Kraft tretende Biersteuersenkung erteilt hat.** Der Ausschank von Bier jeder Art wird sofort wieder aufgenommen. Da die Fachverbände des Gastwirtegewerbes den Bierstreik schon vorher abgeblasen hatten, steht jetzt nur noch die kommunistische Gastwirteorganisation im Streik, doch dürfte auch diese bald dem Beispiel der übrigen Gastwirte folgen.

Schmutzige Verleumdung gegen Pg. Röhm

In derselben Weise, wie wir sie tausendmal erlebten und zuschanden gemacht haben, werden jetzt wiederum die alten Lügen hervorgeholt, wird heute wieder von denen, die das Wort „Ritterlichkeit“ am meisten im Munde führen, der Versuch unternommen, Hauptmann Röhm persönlich mit den schmutzigsten und gemeinsten Machenschaften vor der Oeffentlichkeit in den Dreck zu ziehen, um damit unsere nationalsozialistische Bewegung, die Freiheitsbewegung des deutschen Volkes, die sich anschickt, die Macht zu ergreifen, zu treffen.

Auch hier sind die notwendigen gerichtlichen Schritte von Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune, dem Rechtsbeistand Hauptm. Röhms, bereits in die Wege geleitet und werden mit dem gleichen Sieg der Wahrheit enden, wie alles, was bisher gegen uns unternommen wurde.

Erklärung

Ich, der unterzeichnete Oberleutnant a. D. Hans Friedrich Wendt, gebe hiermit folgende Erklärung ab:

Ich habe mich jetzt davon überzeugt, daß das Telephongespräch, welches am 2. April 1931, eine weibliche Person, welche sich als Frau Dr. Meinshausen ausgab, mit mir nach Gollnow geführt hat, tatsächlich nicht von Frau Dr. Meinshausen geführt worden ist und von ihr auch nicht veranlaßt worden ist. Ich nehme deshalb die in der Zeitschrift „Die Deutsche Revolution“ vom 17. Mai 1931 abgegebene Erklärung und die darin gegen Frau Dr. Meinshausen erhobenen Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

gez. Hans Friedrich Wendt,
Oblt. a. D.

Damit ist auch die ganze Verleumdungstaktik der Schünemannwresse zunichte gemacht.

Der Stand des Staatshaushalts: −680 Mill

Berlin, 8. März. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches im Monat Januar 1932 des Rechnungsjahres 1931 (Beträge in Mill. RM. abgerundet). Im ordentlichen Haushalt beliefen sich die Gesamt-Einnahmen seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich Januar auf 7335 (davon im Januar 773) bei einem Jahressoll von 9077. Bei diesen Gesamteinnahmen entfielen auf die Steuern, Zölle und Abgaben seit Beginn des Rechnungsjahres 6514 (im Januar 730) bei einem Jahressoll von 8172. Die Gesamtausgaben betrugen seit Beginn des Rechnungsjahres 7431 (im Januar 774) bei einem Jahressoll von 9236. Steuerüberweisungen an die Länder sind davon 1897 (im Januar 238) bei einem Jahressoll von 2321. Mithin ergibt sich im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 96 seit Beginn des Rechnungsjahres. Ein Uebertrag aus den Vorjahren war außerdem am Schluß des Rechnungsjahres 1930 von minus 1030 zu verzeichnen. Von diesem sind seit Beginn des Rechnungsjahres 350 getilgt worden, sodaß ein Bestand im ordentlichen Haushalt von minus 680 verbleibt.

Japan weiter im Vormarsch

In Genf wird geredet — Im Osten geschossen

Genf, 8. März. Die allgemeine Aussprache über den japanisch-chinesischen Streitfall in der noch immer als Ausschuß tagenden außerordentlichen Vollsitzung des Völkerbundes ist am Dienstag abgeschlossen worden. Auf Antrag Benesch wurde ein Vorschlag angenommen, demzufolge das Präsidium der Vollversammlung nunmehr gemeinsam mit denjenigen Mächten, die praktische Vorschläge zur Regelung des Streitfalles einreichen, zusammentreten wird, um eine Entschließung auszuarbeiten, in der die Grundlagen für die endgültige Stellungnahme des Völkerbundes zum japanisch-chinesischen Streitfall festgelegt werden. Sämtliche Mächte werden aufgefordert, bis Mittwoch vormittag Vorschläge einzureichen.

Die Hauptaussprache wurde mit kurzen Erklärungen der Vertreter Chinas und Japans abgeschlossen. Unter starkem Beifall gab der chinesische Gesandte Yen eine Erklärung ab, in der er der Versammlung für die fast einmütige Haltung dankte. Die japanische Regierung habe durch ihr Vorgehen die internationalen Verträge offen gebrochen. Die japanische Invasionsarmee habe trotz aller Forderungen des Völkerbundsrates immer weitere Gebiete besetzt. Die chinesische Regierung verlange daher, daß die bisherigen Aufforderungen des Völkerbundes an die japanische Regierung zur sofortigen Räumung des besetzten Gebietes zu schreiten, nun endlich durchgeführt würden. Die sogenannte mandschurische Bewegung werde wie ein Kartenhaus zusammenfallen, sobald die japanische Waffengewalt aufgehört habe.

Ein neues japanisches Ultimatum

London, 8. März. Der japanische Oberbefehlshaber hat die Absendung eines neuen Ultimatums an die chinesischen Behörden angeordnet, in dem die sofortige Zurückziehung der chinesischen Gruppen um weitere 10 Kilometer, also auf eine Entfernung von insgesamt 45 Kilometern von Schanghai gefordert wird. Sollten die Chinesen diesem Verlangen nicht nachkommen, so würden die japanischen Truppen von neuem die Feindseligkeiten eröffnen. Wie verlautet, fürchten die Japaner, daß die neuen chinesischen Verstärkungen, die etwa 50 000 Mann betragen sollen, die 20-Kilometer-Zone durchbrechen könnten.

Schanghai abgeschnitten

Schanghai, 8. März. Die Chinesen haben die Eisenbahnlinie von Schanghai nach Hangscho aufgerissen und das Eisenbahngebiet geräumt. Schanghai ist jetzt im Norden wie im Süden von der Umwelt auf dem Landwege abgeschnitten.

Tschiangkaischek Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte.

Moskau (über Kowno), 8. März. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet aus Schanghai, daß Marschall Tschiangkaischek zum Vorsitzenden des Obersten Kriegs- und Verteidigungsrates und gleichzeitig zum Chef sämtlicher chinesischen Armee-, Marine- und Luftstreitkräfte ernannt worden ist.

Festnahme des Generals Feng durch Tschiangkaischek.

Moskau (über Kowno), 8. März. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai wurde General Feng von der Leibwache des Marschalls Tschiangkaischek in Nanking festgenommen, nach 24 Stunden jedoch wieder aus der Haft entlassen. Der Grund der Verhaftung ist unbekannt.

Angst in Washington

Washington, 8. März. In amtlichen Kreisen gewinnt die Ansicht Boden, daß Japan versuchen will, die Säuberungsaktion rund um Schanghai unbekümmert um die anderen Mächte und dem Völkerbund durchzuführen. Die japanische Entschuldigung, daß die in Schanghai eingetroffenen Verstärkungen während der Waffenstillstandsverhandlungen bereits unterwegs waren und deshalb nicht mehr aufgehalten werden könnten, wird als unglaubwürdig bezeichnet, weil die Reisedauer drei Tage beträgt und die Truppen durch Funkspruch zurückgerufen werden konnten. Man vermutet, daß Japan durch die Verstärkung seiner Front einen neuen Vorstoß am Yangtse vorbereiten will, um möglicherweise weitere Häfen zu besetzen. Die Hoffnung auf eine wirksame und schnelle Entscheidung des Völkerbundes schwindet nach der letzten Rede des englischen Außenministers immer mehr.

Wie sie lügen!

Neue Verleumder werden verklagt.

Während des Wahlkampfs 1930 tauchte in der Systempresse die Lüge auf, ich sei in Paris in dunkler russisch-bolschewistischer politischer Mission gegen Deutschland tätig gewesen. Ich hatte darauf den galizischen „Vorwärts“, das „8-Uhr-Abendblatt“ und die „Münchener Post“ verklagt (ein M. d. L. in Stuttgart wurde von Zentrum und SPD. nicht freigegeben!); diese Zeitungen sind in München wegen verleumderischer Behauptungen verurteilt worden.

Nun verbreiten die jüdisch-marxistischen Blätter erneut die gleiche Verleumdung, und zwar, wie es sich herausstellt, auf Grund der „Nachrichten“ des Pressedienstes der SPD.! Ich erkläre hiermit die Verbreiter der Lügen als Verleumder und habe auch gegen sie Klage gestellt.

Die Blätter zitieren eine mir unbekannte Zeitung, die angeblich behauptet, positives Material zu besitzen, daß ich „französischer Spion“ gewesen sein soll. Ich bezeichne auch hiermit öffentlich die mir noch unbekannten Pariser Journaillen als Verleumder und Ehrabschneider.

Alfred Rosenberg.

Der Bauer wählt Hitler

Unser Mecklenburger Parteiorgan veröffentlicht eine Reihe von Zuschriften aus der Landbevölkerung, von denen wir einige wiedergeben:

Riendorf, den 1. März 1932.

Ich wähle Hindenburg nicht, denn er hat seine Versprechungen für die Landwirtschaft, besonders in der Osterbotschaft vom 18. März 1930 und Neujahr 1931, nicht gehalten. Auf alle Vorstellungen der Landwirtschaft gibt er jetzt die Antwort, daß er sich unsern ärgsten Feinden, den Marxisten, zur Verfügung stellt. Das System ist stärker als der Greis Hindenburg.

Ich wähle Adolf Hitler, der da sagt: „Die Landwirtschaft ist nicht ein Teil, sondern die Voraussetzung der Volkswirtschaft.“ Alle seine Aussagen sind durch die Tatsachen immer weit mehr als bestätigt worden.

Karl Greve,
Vorstandsmitglied Kreislandbund Hagenow.

Werder, den 1. März 1932.

Ich, als deutscher Landwirt, fühle mich verpflichtet und verantwortlich, für die Sicherheit der Ernährung des deutschen Volkes mit beitragen zu helfen.

Während der Regierungszeit des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist der Vater einer großen Familie und Volkernährer so behandelt worden, wie ein fünftes Rad am Wagen.

Daher wähle ich am 13. März 1932 den nationalsozialistischen Führer Adolf Hitler, der die Sicherung der Volksernährung verlangt.

A. Pingel.

Mandelshagen, den 2. März 1932

Warum wähle ich Hindenburg nicht? Weil Hindenburg zugelassen hat, daß die jüdische, marxistische Macht im Staate das Volk an den Abgrund gebracht hat. Die Landwirtschaft ist ruiniert, der Arbeiter arbeitslos, der Handwerker und Geschäftsmann bankerott. Der Kapitalwucher blüht. Wehrlos ist die Nation! Ich wähle Hitler — weil der Mann ein Programm ist; weil Wille und Kraft in diesem Mann steckt und uns den Glauben gibt, daß Hitler uns erlöst von dem Versailler Vertrag und uns wieder zur Ehre und Freiheit führt, daß die Wirtschaft wieder gesundet, der Arbeiter Arbeit und Verdienst findet, die Ausbeutung durch Steuern und Zinswucher unterbunden wird.

Ich wähle Hitler, weil er von den in seinem Programm festgelegten Zielen nicht abweicht, — weil er allen Volksteilen ein Recht auf Leben, Fortkommen und Existenz verbürgt.

Heinrich Uplegger,
Gemeindevorsteher.

Wahlpropagandanummer beschlagnahmt.

München, 8. März. Am Montag abend erschien in der Druckerei des nationalsozialistischen „Illustrierten Beobachters“ Kriminalpolizei und beschlagnahmte die gesamte bereits fertiggestellte Auflage der Wahlpropagandanummer des „Illustrierten Beobachters“.

Bergwerkskatastrophe in Japan

Tokio, 7. März. Auf der Grube Chuwai in Fukuoka (Provinz Kiuschiu) ereignete sich eine Explosion von Grubengasen, der, wie man befürchtet, achtzehn Bergleute zum Opfer gefallen sein dürften. Fünf Leichen wurden bereits geborgen.

Von heute auf morgen

9. Fortsetzung — **Ein Roman aus unserer Bewegung**

Bei der Rückkehr in die Heimat war ein Trupp SA.-Leute in Wolfenbüttel meuchlings überfallen und mit Zaunlatten, Knüppeln und Eisenstangen zusammengeschlagen worden.

Die Leiche eines Hitlerjungen wurde gefunden. Man vermutete zuerst Selbstmord, weil die Leiche auf dem Bahndamm lag. Bei näherem Zusehen ergab sich, daß der Hitlerjunge in bestialischer Weise ermordet und dann auf den Bahndamm geschleppt worden war, wahrscheinlich um den Anschein zu erwecken, er habe sich vom Zuge überfahren lassen. Die Täter wurden gefaßt.

Bezeichnend, daß sich hier, wie in vielen anderen Fällen, kommunistische Weiber mit besonderer Grausamkeit hervorgetan hatten.

Eine weitere Beobachtung: Die Helden vom Reichsbanner standen jeweils Schulter an Schulter mit den roten Banden. Die patentierte Republik-Schutzgarde als Bundesgenosse des Bolschewismus.

Kürzlich hat man es drunten im Rheingau erlebt, wie bei einem Reichsbannerumzug ein Kreuz am Straßenrand verhöhnt, angespien und halb zertrümmert wurde — in einer katholischen Ortschaft, an einem Sonntag, und zum Dank dafür, daß der Pfarrer des Ortes den Gottesdienst früher gelegt hatte und die Nachmittagsandacht ausfallen ließ, um seinen Schäflein nur ja die Teilnahme an den Demonstrationen zu ermöglichen.

Man hat nicht vernommen, daß jener Pfarrherr, der ohne Zweifel gegen das kirchliche Begräbnis des hessischen Gauführers Gemeinder gewesen ist, öffentlich vom Reichsbanner abgerückt wäre. — — —

Nun griff Otto von der Heid doch nach den Zeitungen. Mit Träumen war für heute nichts.

Erstaunlich, dachte er, einen wie breiten Raum die deutschen Zeitungen den innerpolitischen Ereignissen widmen und fast ganz in ihnen aufgehen. Es hat den Anschein, als ob der deutsche Durchschnittsmensch gar nicht über das innerdeutsche Tagesgeschehen hinauszusehen vermag und darüber den Blick für die großen weltpolitischen Zusammenhänge verliert — falls er sie je besessen haben sollte.

Eine Ueberlegung hatte Otto von der Heid schon in Amerika häufig angestellt:

Wie wurde es möglich, daß dieses gemarterte Deutschland so gar nichts von dem „Segen der Niederlage“ erfahren durfte, den sonst alle Völker von Instinkt nach einem verlorenen Kriege an sich verspüren? Jenen „Segen der Niederlage“, den ein Romain Rolland inbrünstig preist um der nationalen Erneuerung willen, die er an seinem Frankreich in den Jahrzehnten nach dem Kriege von 1870-71 bewirkt habe.

Ein deutscher Publizist hat einmal die Antwort gegeben:

„Daß bei uns dieser „Segen der Niederlage“ ausblieb, ist der furchtbare Fluch eines inneren Zerfalls, der sich Revolution nannte und dessen wesentlicher Inhalt darin bestand, daß eine Partei, die seit dreizehn Jahren die Nutznießerin unseres Elends ist, ihre ganze Politik darauf einstellte, die von ihr verführten Volksteile, vorab weite Kreise der Arbeiterschaft, mit dem Wahn zu betrügen, sie könnten sich auf die Dauer von dem Gesamtschicksal ihres Volkes losgelöst erhalten, die „Errungenschaften“ der Sozialdemokratie aus dem deutschen Zusammenbruch für sich „verankern“, die Abtragung der furchtbaren Lasten durch die immer wieder marxistisch bestimmten Methoden der Erfüllungspolitik ganz auf die anderen abwälzen.“

Das Ergebnis dieses verbrecherischen Irrtums: Deutschland ist zur Kolonie herabgesunken, zu einer Kolonie von Leibeigenen. Und der am meisten Betrogene ist der deutsche Arbeiter. Wie sagte Lloyd George? „Deutschland kann nur erfüllen, wenn es die Löhne seiner Arbeiter niedrig hält!“ Und es erfüllt — maßlos, grenzenlos, bis zum Weißbluten, bis — endlich einer kommt und im Namen des deutschen Volkes sagt: Nein! Bis hierher und nicht weiter ! — — —

*

Camille Pichon empfing den Genossen von der Feder mit dem ganzen Ueberschwang französischer Gefühlsergüsse. Vielleicht war sogar ein Stück Herzlichkeit dabei. Denn er mochte den gewandten, höflichen und temperamentvollen Deutschen gut leiden und hatte in Thoiry, im Haag, in Paris und Genf manche vergnügte Stunde mit ihm verbracht.

„Sie kommen, um mir zu sagen, daß Sie die Revolution in Deutschland mit eigene Augen sehen wollen!“

Otto von der Heid ließ sich in einen etwas lädierten Klubsessel drücken und schüttelte statt einer Antwort zunächst lächelnd den Kopf.

„Zunächst komme ich, um alte Freunde und Bekannte zu grüßen und mir von ihnen sagen zu lassen, daß ihnen trotz allem, was sie erlebt haben, der Kopf noch zwischen den Ohren sitzt.“

„Cognac oder Rheinwein?“ fragte der Franzose, geschäftig hin und her eilend. „Ich fürchte, ich werde weder das eine, noch das andere finden, ehe Sie mir verdurstet sind. — Unmittelbar von der Bahn hierher! Das nenne ich Freundschaft! Und gute Reise hatten Sie? Das freut mich... Sacré nom — wenn ich bloß wüßte, wo ma bonne immer die Gläser für den Cognac hinstellt! — Ah — da sind sie. Excusez mille fois, mon cher — pardon! Ich werde heute Ihnen zu Gefallen mein bestes Deutsch sprechen. Ich bin wirklich beglückt, Sie hier zu sehen, so unerwartet! — — Nehmen Sie erst einen Cognac — — bitte, hier sind Cigaretten!“

„Zum Wohl, Herr Kollege! — — Der Cognac ist gut. Ich werde gleich noch einen — —“

„Aber bitte!“

„Man muß das Zeug vertilgen, damit es keinen Schaden anrichtet!“

„Ganz meiner Meinung. Sie sind noch der Alte. Mon Dieu, wie lange ist es her, daß ich Sie nicht mehr gesehen . . .“

„Seit dem Haag, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht.“

„Seit dem Haag, Ganz recht. Und davor in Paris. Wissen Sie noch, wir gingen in der Rue St. Jaques; es war nach dem Empfang bei Briand. Wir sprachen von Clemenceau, dem Tiger, entsinnen Sie sich? Und Sie sagten: ‚Ich hasse den Namen, aber ich bewundere ihn; ich könnte diesen größten Feind Deutschlands, wenn er mir begegnete, kaltblütig über den Haufen schießen, aber ich müßte ihm vorher die Hand geben und sagen: Sie sind ein Cyklop! — Ja, entsinnen Sie sich?“

„Gewiß. Ich habe noch hinzugefügt: Uns Deutschen hat ein solcher Hasser gefehlt. — Heute sage ich: Ich wünsche Deutschland einen solchen großen Böswicht, der ein Herz von Stein hat, wenn es nur für Deutschland schlägt!“

„Halloh! Sie sind sehr aufrichtig, Herr von der Heid!“

„Obgleich ich Ihren Schnaps trinke, mein Bester, kann ich nicht umhin, es so zu sagen, wie ich es denke! Nehmen Sie mir's nicht übel, aber ich habe lange genug die Sprache gebrauchen müssen, um die Gedanken zu verbergen.“

„Letzte Kunst französischer Staatsmänner, mon cher!“

Vielleicht können wir Deutsche das auch lernen, aber es widerstrebt uns, es ist uns nicht angeboren. Deutsch sein und offen sein — ist für mein Empfinden ein Begriff.“

„Es gibt einen anderen Satz von Ihrem Herrn Fichte, glaube ich: Deutsch sein und Charakter haben ist ohne Zweifel dasselbe! Habe ich recht zitiert?“

„Ausgezeichnet! Ich bewundere Ihre Kenntnis des deutschen Sprachschatzes!“

„Wenn man in eine fremde Lande lebt, ist es gut, ein paar Worte der Höflichkeit immer bei der Hand zu haben. Die Deutschen sind stolz auf dieses Wort ihres großen Philosophen. Eh bien! Sagen wir ihnen bei Gelegenheit, was sie gern hören!“

Das Lächeln, das diese Worte unterstrich, klang wie ein leiser Hohn. Otto von der Heid sah seinem Gegenüber fest ins Auge und sagte:

„Wenn Ihre Höflichkeit mir gegolten hat, so vermute ich, daß sie nur die Einleitung zu einer — Wahrheit gewesen ist!?“

Der Franzose, noch immer mit verbindlichstem Lächeln, erwiderte:

Man kann gut mit Ihnen debattieren. Sie lesen zwischen den Worten. Besser noch: Hinter den Worten. — Was soll ich Ihnen sagen? Ich denke an ein Erlebnis aus jüngster Zeit. An den Besuch Briands und des französischen Ministerpräsidenten in Berlin. Eine große Menschenmenge stand unter dem Balkon des Hotels, in dem die beiden Franzosen abgetiegen waren. Es gab Ovationen. Sie galten wohl dem guten Europäer, unserem alten Stresemann-Freund Briand. Aber Briand zeigte sich seinen Verehrern nicht. Er war wohl müde von der Reise — — ein alter Mann! Statt seiner ließ sich Laval sehen. Freundlich, elegant, verbindlich, ein ganzer Franzose! Und Leute mit dem Abzeichen der deutschen Republik riefen „Heil!“ Riefen: „Es lebe Briand!“ Riefen: „Vive la France!“

Er machte eine kleine Pause, um die Wirkung seiner Rede abzuwarten. Otto von der Heid verzog keine Miene. Da fuhr der Franzose fort:

„Vive la France! Das war mehr, als ein französischer Staatsmann in Deutschland verlangen konnte, ein Staatsmann, der gekommen war, um festzustellen, wieviel er Deutschland abnehmen könnte. Das war — —“

„— — eine Würdelosigkeit!“, ergänzte Otto von der Heid ingrimmig und zerdrückte den Stummel seiner Zigarette.

„Pardon, ich wollte Sie nicht kränken, Herr Kollege!“

(Fortsetzung folgt.)

Einkommensteuer-Vorauszahlung - und der 10. März

Durch Notverordnung des Reichspräsidenten wurde der Termin für die Bezahlung der letzten vierteljährlichen Rate der Einkommensteuer vom 10. April auf 10 März vorverlegt. Die Schonfrist wurde ganz aufgehoben. Für Zahlungsverzug wurden Ende 1931 noch 120 Prozent, zum Jahreswechsel normale Zinsen und jetzt wieder 36 Prozent Zinsen erhoben.

Alle diese Maßnahmen bedeuten ganz besondere Härten für jene Geschäfte, die zur Zeit ohne Aufträge sind und für das laufende Geschäftsjahr keinerlei Aussichten auf einen nur erträglichen Geschäftsgang haben.

Da in diesen Tagen den Finanzämtern die Steuererklärungen für das abgelaufene Jahr einzureichen sind und für diesen Zweck ohnedies Jahresabschlüsse gemacht werden müssen, bleibt jedem Steuerpflichtigen die Möglichkeit, einen Vergleich über die Veränderung seines Umsatzes und des Einkommens gegenüber dem Geschäftsjahr 1930 anzustellen. So wie sich die Resultate jetzt schon herausstellen, läßt sich ein durchschnittlicher Rückgang des Umsatzes ohne wesentliche Preissenkung im Jahr 1931 zwischen 20 und 30 Prozent fast allgemein, zum Teil aber noch wesentlich mehr, feststellen.

Entsprechend dem verminderten Umsatz ist natürlich auch das Einkommen prozentual niederer; es wird sogar behauptet, daß der Prozentsatz der Einkommensminderung infolge verschärfter Konkurrenzkämpfe im letzten Jahr mitunter bis zu 25 Prozent mehr betragen dürfte, als der Prozentsatz der Verminderung des Umsatzes.

Sofern die Minderung des Einkommens durch Buchführung oder außerdem durch oben angeführte Feststellung nachgewiesen werden kann, hat die Einkommensteuer-Gesetzgebung eine Milderung vorgesehen. Der Paragraph des EStG. gibt die Möglichkeit, sich vor Steuerüberzahlung auf dem Weg der zinslosen Stundung der Vorauszahlungen zu schützen.

Stundung der Vorauszahlung kann erfolgen, wenn der Steuerpflichtige glaubhaft macht, daß sich sein Jahreseinkommen voraussichtlich um mehr als den fünften Teil (20 Prozent), mindestens aber um 1000 RM. niederer berechnen wird, als zuletzt festgestellt.

Da gerade diese Bestimmung in den Kreisen der Steuerzahler viel zu wenig bekannt ist, glaubt der Artikelschreiber auf diese Möglichkeit hinweisen zu müssen, zumal die Mehrheit der Steuerzahler unter Zurückstellung der persönlichen Bedürfnisse und unter dem nicht immer moralischen und geschäftsmännischen Zwang der Finanzämter, die letzten Groschen aus sich herauspressen lassen muß.

Zu bedauern ist, daß der Gesetzgeber bei der Formulierung des Paragraphen 100 des EStG. die Mindestgrenze der Minderung mit 1000 RM. festgesetzt hat, dadurch wird besonders einem großen Teil der notleidenden Geschäftsleute, auch wenn ihr Einkommen weit mehr als 20 Prozent zurückgegangen ist, die Möglichkeit einer zinslosen Stundung regelrecht vorenthalten.

Um nun auf Grund des angeführten Paragraphen behandelt zu werden, empfiehlt es sich, zu prüfen, ob die Voraussetzungen vorliegen. Das Ergebnis ist beim Finanzamt vorzubringen, gleichzeitig mit einem Antrag auf zinslose Stundung der noch fälligen Vorauszahlung und einem Antrag auf Ermäßigung der Einkommensteuer.

Da die Krisensteuer auf Grund der letzten Einkommensteuerveranlagung festgesetzt ist, müßte ein weiterer Antrag, auch diese Steuer entsprechend dem verminderten Einkommen neu festzusetzen, gestellt werden.

Nach der derzeitigen trostlosen Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden, dem immer größer werdenden Arbeits- und Verdienstelend der Staatsbürger zu urteilen, dürfte eine Rückvergütung bei den zu viel bezahlten Steuern keinesfalls möglich sein. Es empfiehlt sich daher, sich rechtzeitig vor Ueberzahlung zu schützen und die Anträge, wie vorgeschlagen, noch vor dem 10. März 1932 dem Finanzamt einzureichen.

Hindenburg - die Rettungsplanke des Systems

„Die moralische Ueberlegenheit des Nationalsozialismus."

Die Göteborger Zeitung „Veitsvenska Dagbladet" zeigt ein erfreuliches steigendes Verständnis für den Nationalsozialismus. In einem langen Aufsatz führt sie über Adolf Hitler und seine Bewegung u. a. folgendes aus:

„Hitler, der große Vater des Nationalsozialismus ist — wir schämen uns nicht, es zu sagen — ein Held und die Bewegung, welche er schuf, wird Deutschland aus den Händen der Schwarzen und Roten retten, die es in den Abgrund geführt haben. Im Gegensatz zu dem marxistischen Kommunismus bezw „Sozialismus", ist der echte und daher nationale Sozialismus, der weder demokratisch noch kommunistisch ist, theoretisch vollkommen haltbar. Darin besteht einer der moralischen Vorzüge der Hitlerbewegung gegenüber dem Marxismus und gerade durch ihre moralische Ueberlegenheit besiegt sie die rote Demagogie. Daß sich viele protestantische und katholische Geistliche dem Nationalsozialismus anschlossen, beruht sicher in erster Linie auf dem sittlichen Halt, den die Bewegung gibt. Die Besten der deutschen Nation haben alle ihre geistigen Kräfte mobilisiert und im Nationalsozialismus eine geistig-sittliche Macht geschaffen, die der roten Weltanschauung überlegen gegenüber steht."

Das gleiche Blatt schreibt zur Hindenburgwahl:

„Was Hindenburgs Person betrifft, so kann man es wohl beklagen, daß er nun in eine Lage gekommen ist, in der er eine Art Rettungsplanke für das herrschende System spielen muß, aber dennoch wird selbst Hindenburg die drohende Abrechnung mit der schwarz-roten Diktatur nicht abwenden können. Hindenburg selbst hat dies nicht gewollt. An die Stelle, wo er jetzt steht, ist er geschickt von Brüning und Brünings marxistischen Helfershelfern hinmanövriert worden."

45 000 Abiturienten ohne Beruf!

45 000 deutsche Abiturienten verlassen Ostern die höheren Schulen. Ein großer Teil wird zu einem praktischen Beruf greifen, die Mehrzahl hat dagegen die Absicht, die Hochschulen zu besuchen. So schwillt die Masse der Studierenden an den deutschen Universitäten und Hochschulen immer stärker an, während die Aussichten auf eine entsprechende spätere Beschäftigung auf Jahre hinaus denkbar ungünstig sind. Ganz besonders groß ist die Zahl derer, die sich den technischen und naturwissenschaftlichen Studien widmen. Das geschieht vielfach in vollkommener Verkennung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung. Die falsche Beurteilung der Berufsaussichten in Industrie und Handel hat manchen Abiturienten veranlaßt, einem langjährigen und teuren Studium obzuliegen, um später als Akademiker sich, durch die Not gezwungen, mit nicht akademischen Stellungen zufrieden zu geben, auch wenn sich zunächst vielfach in vollkommener Verkennung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung. Die falsche Beurteilung der Berufsaussichten in Industrie und Handel hat manchen Abiturienten veranlaßt, einem langjährigen und teuren Studium obzuliegen, um später als Akademiker sich, durch die Not gezwungen, mit nicht akademischen Stellungen zufrieden zu geben, auch wenn sich zunächst keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Um den Abiturienten einen Blick in die Schwierigkeiten und Sorgen der deutschen Wirtschaft zu geben, sei auf den organischen Aufbau und den Zusammenhang der nationalen Wirtschaft, sowie ihre internationale Verflechtung hingewiesen. Wenn auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft im Hinblick auf die Aussichten für den jungen Nachwuchs schwer zu beurteilen sind, so kann das doch nicht davon abhalten, alle Kräfte anzuspannen. Auch auf dem stark verengten Lebensraum unserer Wirtschaft ist für den tüchtigen, vielseitig vorgebildeten, mit dem Blick aufs praktische gerichteten Menschen in der Wirtschaft voraussichtlich demnächst Platz, Diesen Platz richtig auszufüllen und den einzelnen Menschen mit Hilfe des Berufsamtes einem geeigneten Beruf zuzuführen, ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Die Schwierigkeit der Lage hat zur Errichtung eines besonderen Ausschusses unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern geführt, dessen Aufgabe es sein soll, für die 45 000 neuen Abiturienten in Deutschland den Weg ins Leben zu ebnen. Der Ausschuß steht vor einer kaum lösbaren Aufgabe, da die Hochschulen weit überfüllt sind und mehr als 100 000 fertige Akademiker keine Arbeitsstelle finden können. Oertliche Ausschüsse, die auf Anregung der Reichsministerien bei den Handelskammern gemeinsam mit den übrigen Körperschaften der Wirtschaft errichtet werden, sollen sich namentlich der Abiturienten annehmen, die eine Lehrstelle in einem wirtschaftlichen Betrieb suchen.

Mit roten Fahnen und der Marsaillaise für Hindenburg

Die preußischen Machthaber haben uns wieder einmal den wahren Begriff der Demokratie gelehrt. Man hob das Demonstrationsverbot auf und im gleichen Atemzuge lud die „Eiserne Front" zu einer Kundgebung im Berliner Lustgarten ein; der einzige Sonntag, für den Demonstrationen überhaupt einen Zweck hatten, war damit gepachtet. Diese Regie klappte; leider fehlten allerdings die Massen; die Beteiligung an der Sonntagnachmittagkundgebung war noch kläglicher als der SPD.-Aufmarsch am vergangenen 1. Mai. Mühelos konnte man wenige Minuten vor Beginn den ganzen Platz vor den aufgebauten Fahnen durchkreuzen. Reichsbanner, Hammerschaften und die anderen exotischen Gebilde der Weißblechfront waren überhaupt nicht aufmarschiert; diskutierende Gruppen füllten den Platz vor dem Schlosse und den Lustgarten. Vereinzelt nur waren die Farben der Republik aufgezogen; die Hindenburg-Plakate, die von der „Motorstaffel" des Reichsbanners am Vormittag spazierengefahren wurden, hatte man versteckt. **Nur diee roten Fahnen dominierten und unter den Klängen der Marsaillaise umkreisten einige Flugzeuge des marxistischen „Sturmvogel" den Platz; „Hindenburg" hatte man in Blockschrift auf die Tragflächen geschrieben.**

Auf dem gleichen Niveau hielt sich die kurze Ansprache dees SPD.-Vorsitzenden We.s, der erklärte, daß Hindenburg der „Eisernen Front" **helfe, den Nationalsozialismus zu schlagen,** darum müsse jeder Genosse nun auch Hindenburg helfen, daß er wieder Reichspräsident werde. Deshalb brauche die SPD. dem Generalfeldmarschall noch lange keine Treue zu versichern. **Der „Volksbetrüger Hitler" und der Nationalsozialismus müsse geschlagen werden bis zur endgültigen Vernichtung.** So lange wie nur möglich, kämpfe die SPD. mit dem Stimmzettel; **das sei ihr sympathischer (?) als der rauchende Revolver und die Handgranate.** Mit einem Hoch auf die „Eiserne Front" schloß der neugebackene Paladin des Generalfeldmarschalls seine Ansprache.

„Vom hohen Olymp", dem Balkon des Schlosses, äugte unterdes der marxistische Polizeipräsident Grzesinsky und der unvermeidliche Bernhard (!) Weiß mit besorgten Blicken auf die kümmerlich erschienenen „Massen". Der deutsche Arbeiter der Reichshauptstadt hat den marxistischen Herrschaften bewiesen, daß es ein für allemal vorbei ist mit ihrer Herrschaft. Auch wenn mit dem französischen Revolutionsliede und roten Fahnen für Hindenburg geworben und die Vernichtung des Nationalsozialismus durch den Reichspräsidenten prophezeit wird! Es nützt alles nichts mehr!

Gotteshäuser in Flammen

Das Zentrum als Schrittmacher des Bolschewismus.

Ein Auslandsdeutscher aus Spanien wendet sich in einer Zuschrift an uns „gegen die unwürdige Art, mit der die Systempresse in den Präsidentschaftswahlkampf konfessionelle Momente trägt", vor allem gegen die verlogene Behauptung, daß Adolf Hitler das deutsche Volk in einen Kulturkampf treiben wolle, mit einer Schilderung der Greuel in Spanien, dem rein katholischen Lande, in dem es keine Nationalsozialisten gibt.

Dort haben die Syndikalisten (Kommunisten) bekanntlich furchtbare Blutbäder unter den geistlichen Würdenträgern, Mönchen und Nonnen angerichtet, die Ausübung der Seelsorge gewaltsam unterbunden, Kirchen und Klöster niedergebrannt und dabei unersetzbare Kunstschätze vernichtet. Jeder Kenner Spanienswei, daß der Schrecken in diesem Lande mit den Mordtaten und Brandstiftungen in Madrid, Sevilla, Toledo, Valladolid, Valencia, Sarragossa, Barcelona usw. noch nicht beendet sind, daß das Entsetzen vielmehr zu gegebener Zeit neu aufflammen und in einen Kirchenkrieg ausarten wird ähnlich dem, der in Mexiko in den Jahren 1925 bis 1928 Tausenden von Katholiken das Leben gekostet hat.

Angesichts dieser Zustände in den beiden rein katholischen Ländern bezeichnet es der Auslandsdeutsche mit Recht als „unanständige Wahlschieberei", wenn man einer Bewegung mit der Beschwörung des Kulturkampfgespenstes in den Arm fallen wolle, der es nicht zuletzt zu verdanken ist, daß der Bolschewismus in Deutschland noch in Schranken gehalten ist. **Dagegen haben in Spanien dieselben Kreise, die sich in Deutschland Zentrum nennen, den dortigen Syndikalisten Handlangerdienste geleistet, ohne Rücksicht auf ihren Glauben und die Kirche, bis die Katastrophe hereingebrochen war.** Jetzt bemüht man sich vergeblich, die Geister loszuwerden, die man gerufen und gehegt hatte. **Das deutsche Zentrum geht genau denselben Weg, indem es seit Jahren mit den Marxisten paktiert und damit der Gottlosenbewegung Wege öffnet für Zustände, unter denen Spanien nun leidet.** Es wäre höchste Zeit, daß alle gläubigen Christen ohne Unterschied der Konfessionen endlich erkennen, was aus dem Mißbrauch der Religion zu politischen Geschäftszwecken für Gefahren drohen und daß sie bei Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte die Nutzanwendung daraus ziehen. Besonders sollte jeder Katholik prüfen, ob es mit seinem Gewissen noch vereinbar ist, den Wahlparolen der Zentrumspartei Folge zu leisten.

Aus der Reichspräsidentenwahl hat diese Zentrumspartei ein Manöver gemacht, das im Ausland nicht wenig Verwunderung hervorgerufen hat. Selbst Blätter, die aus ihrer rein menschlichen Verehrung für Hindenburg kein Hehl machen, spötteln darüber, daß Deutschland einen 85jährigen Mann, dem man doch die Ruhe seines Lebensabends geben sollte, als Reichsoberhaupt in Aussicht nimmt, zu einer Zeit, wo das Reich innen- und außenpolitisch mehr als je einen Führer mit eisernem Willen, wagemutigem Weitblick und unverbrauchter Nervenkraft vonnöten hat, um aus dem Chaos herausgerissen und der ihm gebührenden Machtstellung wieder entgegengeführt zu werden. **Die ganze Welt blickt heute gespannt auf Deutschland in der Erwartung, endlich Klarheit darüber zu gewinnen, was das neue Deutschland will, und in der Hoffnung, bald einem Deutschland gegenüberzustehen, mit dem man wieder auf lange Sicht verhandeln kann. Frankreich und seine Trabanten ausgenommen, wünscht man deswegen allenthalben in der Welt den Sieg Hitlers.**

Die bisherige deutsche Diplomatie hat auf der ganzen Linie versagt und eine Politik der Schwäche betrieben, wie sie der kleinste Zwergstaat abgelehnt hätte. Daher stammen die deutschen außenpolitischen Niederlagen, eine nach der anderen. Die Auslandsdeutschen sehen diese Politik mit ganz anderen Augen an, weil deren Ergebnisse ihnen ständig vor Augen liegen. Den Deutschen in der Heimat dagegen werden die Mißerfolge von der Systempresse verschleiert und sogar noch in Verständigungsresultate umgedichtet. So ist das deutsche Volk, ohne richtig zu erfassen wie, in sein heutiges Elend hineingeschlittert. Die ausländischen Zeitungen bewerten auch dementsprechend unsere Politiker. So schrieb die größte spanische Zeitung „El Sol" in Madrid zu den seinerzeitigen Bemühungen um die „parlamentarische Lösung" der Präsidentenfrage (Nr. 4504 v. 17. 1. 32) u. a.: „Der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning hat mit seinem Versuch, Herrn von Hindenburg noch einmal, durch den Reichstag, durch die Hilfe Hitlers, zum Reichspräsidenten zu machen, einen großen Mißerfolg gehabt, denn Hitler erkannte sofort die Absicht Brünings, seine eigene Kanzlerschaft unter dem Deckmantel Hindenburg, zu festigen. Hitler hatte jedoch ganz klar und deutlich gesprochen, daß er ein solches Anerbieten entschieden ablehnen muß. Die Hitlerpartei ist ohne Zweifel heute die größte Partei in Deutschland, die noch von Tag zu Tag mächtiger wird. **Die Hitlerpartei ist heute wohl fähig und stark genug, für die kommende Präsidentenwahl allein zu entscheiden. Der Triumph Hitlers ist sehr nahe, dann aber auf Wiedersehen, Reparationen!"** Weiter schreibt das Blatt, wer wird für Hindenburg stimmen? Ohne Zweifel das Zentrum und die Sozialisten, dieselben, die ihn früheren Jahren gegen ihn waren.



Hinweg mit Morschem, Altem!

Zeichen der Zeit

240 Bewerber um eine Rektorstelle.

Uelzen, 7. März. Um die hiesige Mittelschulrektorstelle bewarben sich 240 Herren. Von drei auf engere Wahl gesetzten Bewerbern wurde vom Magistrat der Mittelschulkonrektor Helmut König aus Naudamm gewählt. Er wird mit der Leitung der Mittelschule am 1. April betraut werden. Zugleich tritt Rektor Meyerholz, der hier 34 Jahre als Volks- und Mittelschulrektor wirkte, wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand.

Gefahr an der Grenze

Welche gewaltigen Summen von dänischer Seite für die Grenzarbeit gestiftet werden, bewies die Generalversammlung des vor der Abstimmung gegründeten Sönderjydsk Fonds. Dieser Fonds, der ursprünglich mehr als 10 Millionen Kronen betrug; jedoch auf 2 200 000 verausgabt war, hat im letzten Jahre 308 000 Kronen für die dänische Arbeit im deutschen Grenzland ausgegeben. Die Gesamtsumme der Zuwendungen für reine Propagandazwecke beträgt seit Gründung des Fonds 11 595 000 Kronen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die deutsche Regierung der dänischen Propaganda nichts entgegensetzt. Sie kann ja nicht einmal den wirtschaftlichen Forderungen des bedrohten Ostens gerecht werden. So hat die preußische Regierung den Fonds für den Osten um ⅔ auf 3 Millionen gestrichen.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: W. Kastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Druck: Weser-Druckerei Bremen.

Amtl. Bekanntmachungen

Der Fleischmehlfabrik übergeben: ein Jagdhund, ein Bastardhund, ein Dackelhund, ein Dobermannhund, ein Schäferhund ohne Hundezeichen. Meldung innerhalb 24 Stunden in der Fleischmehlfabrik, Findorff-Allee, sonst wird über die Tiere verfügt.

Polizeidirektion.

Stadttheater

Heute

Mittwoch, 134. statt 135. Ab.-Vorstellung.
In neuer Einstudierung
Iphigenie auf Tauris
Donnerstag, 20 Uhr, 136. Abonnements-Vorstellung.
In neuer Inszenierung:
„Fra Diavolo"
Freitag, 20 Uhr, 137. Ab.-Vorst.
In der Neueinrichtung von Prof. Reinhardt:
„Die schöne Helena"
Sonnabend, 19.30 Uhr: 138. Abonnements-Vorstellung:
„Lohengrin"
Sonntag, 15 Uhr, 57. Nachm.-Vorstellung:
„Im weißen Rößl"
139. Abonn.-Vorstellung, 20 Uhr:
„Die schöne Helena"
Montag, 20 Uhr: **Geschl. Vorst. f. d. Beamt.-Bildungs-Ausschuß.**
Dienstag, 140. Abonn.-Vorst.
„Iphigenie auf Tauris"

Vorverkauf täglich!

Inseriert in der B N Z

Zur Wahl
nationalsozialistische
Werke, Kampfschriften, Romane, Postkarten, Abzeichen, Bilder des Führers.
Deutsche Bücherei
Bremen / Bahnhofstraße 1

Offene Stellen

Versandhaus
sucht tüchtigen **Lehrling**
mittl. Schule z. 1. 4. Ang. u. H 318 b. V.

Farben
Lacke
Pinsel
sämtl. **Wasch- und Putzmittel** nur beim
Fachmann
Farbenhandlung
Franz Korthoff
Bachstraße 139

Stellengesuche

SA.-Mann
20 Jahre alt, sucht Stellung gleich welcher Art. Ang. u. R 302 b. V.

Unterricht

Energische Nachhilfe, private Vorbereitung auf Schulprüfungen-Abitur. Einjährig usw. durch jungen Akademiker Ang. u. M 299 b. V.

Zu vermieten

Abgeschl. Parterre-Wohnung
2 Zimmer, Küche u. Zubehör z. 1. April Ang. u. F 316 b. V.

Betten

gut u. preiswert
Kirchhoff
Ostertorstw. 72

Überfall Theaterberg

am 6. 3. Welcher Pg. ersetzt erwerbsl. SA-Mann sein Fahrrad, welches ihm beim Überfall von Gegnern zertrümmert wurde Ang. u. G 317 b. V.

Erwerbsloser **SA.-Mann** mit großer Familie bittet um Überlassung einer Bettstelle Ang. u. E 315 b. V.

Handwerker suchen Arbeit!

Und wundern sich
über schlechten Geschäftsgang.

Vergessen aber,
es unseren Lesern mitzuteilen,
daß sie da sind.

Inseriert in der BNZ

Oder scheuen Sie die kleine Ausgabe für eine Anzeige.

Reklame ist nicht teuer!
Es braucht nicht immer ein Riesen-Inserat zu sein.

Unsere Pg. und Leser suchen Handwerker!

Kauft nicht in Warenhäusern!

Kauft bei unseren Inserenten

Wußten Sie schon, daß **Pg. R. Steinke** beste Maßkleidung zu äußersten Preisen arbeitet SA-,SS-Maßbreeches sehr preisw. Maßschneiderei Goethestraße 28 H. 42029, Zahlungserleichterung

Blumenhaus W. Joh. Oetjen
Bremen - Fedelhören 33 - Domsh. 27927
empfiehlt zur Konfirmation in größter Auswahl und zu zeitgemäß niedrigen Preisen
Schnitt- und Topfblumen
Dekorationen und Tafelschmuck

Wir trommeln:

Heute, 9. März, 20.30 Uhr
Hemelingen, „Alter Krug"
Pg. Wöhrl, Oberpfalz
Huchting, „Haus Niedersachsen"
Pg. Kayser, M. d. B.

Donnerstag, 10. März, 20.30 Uhr
Centralhallen
Dr. Haupt, Hannover
Hasenbüren, Lokal: Oltmann Hagens
Pg. Wöhrl, Oberpfalz

Freitag, 11. März, 20.30 Uhr
Niederblockland, „Siedenburg"
Pg. Pfeifer, M. d. B.
Oberneuland, „Raths Kaffee"
Pg. Kayser, M. d. B
Habenhausen, „Schierloh's Sommergarten"
Pg. Wöhrl, Oberpfalz

Eintritt für sämtl. Veranstaltungen **frei!**

N.S.-Plakatsäule

Volksgenossen!

Die gegnerische Presse bringt täglich eine Unzahl Schauermärchen übelster Art, um die Wähler und Wählerinnen von einer Wahl Hitlers abzubringen Glaubt diesen Schwindel nicht! Gebt dieser Lügen-Journaille am 13. März die gebührende Antwort:

Wählt Hitler!

Aus Bremen Stadt und Staat

Handwerker herhören

Wählt Adolf Hitler

Der Handwerkerbund des Kirchspiels „Sottrum" hat in seiner Generalversammlung am Sonnabend, den 5. März, 1932, den einstimmigen Beschluß gefaßt, für die Kandidatur Hitlers als Reichspräsident einzutreten.

Dieser Beschluß wurde nachträglich vom Gewerbeverein „Sottrum" unterstützt und ergeht folgender Aufruf:

Handwerker! Gewerbetreibende

Ueber 6 Millionen Arbeitslose, leere Werkstätten und Betriebe, bis ins Unerträgliche gesteigerte Steuern und soziale Lasten, dazu unerhört hohe Zinsen, das ist der Erfolg des 9. November und der 13jährigen Tätigkeit der heutigen Systemträger. Darum

wähle

am 13. März den Mann, der für die Beseitigung dieser Zustände eintritt, der nicht will, daß Versailler Vertrag und Youngplan, daß das internationale Börsen- und Leihkapital dich zum Sklaven, zum besitzlosen Proletarier macht. Der nicht den Bolschewismus, das Chaos, sondern Freiheit, Arbeit und Brot für Deutschland will. Dieser Mann ist der Präsident aller Deutschen, es ist

Adolf Hitler

Der jüdische Regisseur

Die jüdische Festveranstaltung der Bremer bürgerlichen Presse bringt ein heiteres Nachspiel mit sich. Wir hatten von dem jüdischen Regisseur gesprochen und dabei selbstverständlich an Max Reinhardt gedacht, der zusammen mit Korngold für die bühnentechnische Neubearbeitung verantwortlich ist. Boshafte Leute wollen jetzt in dem bremischen Spielleiter Heinrich Kastner einen Juden sehen! Er war genau so gezwungen, diese Aufführung durchzuführen, wie die Leitung des Stadttheaters selbst. Der „Kulturausschuß des Vereins der Bremer Presse" hat trotz anderer Vorschläge seitens der Theaterleitung ausdrücklich dieses Machwerk verlangt. Mußte man vielleicht einige Großinserenten berücksichtigen?

Neuer Hansabank-Termin am 5. April 1932

In dem Rechtsstreit zwischen Danat-Bank einerseits und Bremer Hansa-Bank A.-G. sowie Bremer Reederei-Vereinigung A.-G. andererseits hat das Landgericht Bremen (für Handelssachen) den auf den 8. März angesetzten Verhandlungstermin auf Antrag der Parteien erneut um vier Wochen, auf den 5. April, vertagt. Seit der Klageerhebung (Anfang Oktober 1931) sind also fünf Monate verstrichen, ohne daß es bislang zu einer Verhandlung gekommen wäre. Die Bemühungen zu einer vergleichsweisen Beilegung der Streitfrage gehen weiter.

Wahlkampf-Material! Jeder Parteigenosse, der im Aufklärungskampf mitwirkt, sei es als Redner oder als Werber von Mund zu Mund, muß Bezieher des parteiamtlichen Redner- und Schulungsmaterials sein. Das Material für den Reichspräsidentenwahlkampf ist seit Anfang Februar erschienen. Im März und im April erscheint das Material für die Preußenwahl und für die Bayernwahl. Der Bezug des Redner- und Schulungsmaterials durch alle Redner, alle Ortsgruppenleiter, alle Bezirksleitungen und alle Gauleitungen ist Pflicht. Das Material kann durch jeden Parteigenossen bezogen werden, der sich als solcher einwandfrei ausweist. — Das Material ist archivmäßig geordnet und erscheint in fünf Hauptabteilungen mit je einunddreißig Unterabteilungen. Preis 5 RM. kalendervierteljährlich und 1,60 RM. für jeden Aufbewahrungsordner. — Wer in den Wahlkämpfen als Redner oder als Werber von Mund zu Mund wirken will und noch nicht Bezieher des Redner- und Schulungsmaterials ist, der verlange sofort Einführungsdrucksache mit Bestellvordruck. Postkarte an Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.

Reichsleitung, Propagandaleitung 2.
Fritz Reinhardt.

Briefl. Lehrgang der Reichs-Rednerschule. Der nächste briefliche Lehrgang wird Mitte März 1932 beginnen. Preis 2 RM. monatlich. An dem Lehrgang kann jeder Parteigenosse teilnehmen, der sich in allen Fragen, die in unserem Kampf vorkommen, gründlich zu schulen wünscht. Gründlich geschult müssen auch alle diejenigen Parteigenossen sein, die zwar nicht als Redner in öffentlichen Versammlungen, aber als Werber von Mund zu Mund — im Betrieb, am Viertisch, im Wartezimmer des Arztes und sonstwo — wirken wollen. Einführungsdrucksache kostenlos durch Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.

Reichsleitung, Propagandaleitung 2.
Fritz Reinhardt.

Wegen Betrugs in Haft genommen wurde ein Vertreter, der einen Geschäftsmann unter unwahren Behauptungen veranlaßte, ihm einen größeren Posten Zigarren auszuhändigen, die er angeblich an einen hiesigen Verein verkaufen wollte. Er hat es aber vorgezogen, die Waren in Wirtschaften zu veräußern und das Geld zu verjubeln.

Warnung vor unbekanntem Schwindler. In den letzten Wochen ist bei einer Bewohnerin der Ostertorsvorstadt ein etwa 50jähriger unbekannter Mann erschienen, der sich als ein Angestellter der Erleuchtungs- und Wasserwerke vorstellte. Er überreichte hierbei eine Gasrechnung und bat um Aushändigung des Betrages, da er sonst gezwungen sei, die Gasleitung abzustellen. Die rückständige Rechnung war von der Frau schon vor längerer Zeit beglichen worden. Als sie den Ausweis zu sehen wünschte, verließ der Unbekannte mit einer ablehnenden Bemerkung schleunigst das Haus. Der Schwindler war mit einer Schirmmütze bekleidet, wie sie von Angestellten des Gaswerks getragen wird. Bei seinem Auftauchen lasse man ihn festnehmen.

Hier wird getrommelt

Massenversammlung in der Weserlust

In einer vollbesetzten Versammlung in der Weserlust sprach Pg. Pfeifer, M. d. B., über die Frage:

„Schluß mit Korruption und dem System — wählt Hitler!"

In treffenden Worten geißelte er das wenig mutige Versteckspiel der Systemparteien, die es nicht mehr wagen, eines ihrer Parteimitglieder offen in den Kampf gegen den „Erneuerer Deutschlands", gegen Adolf Hitler, zu schicken. Schamvoll und angstzitternd verkriechen sich die Crispien, Heilmann, Kaas und Genossen hinter den Rücken Hindenburgs. Aber — es geht heute nicht mehr darum, ob eine der heutigen politischen Gruppen siegen soll, es geht um Sein oder Untergang unseres Volkes. Das Volk durchschaut dies unehrliche Spiel, die bisherige Elendspolitik jedoch hat es satt, es verlangt andere Wege und neue Männer. Der Wahnsinn des Klassenkampfgedankens, der nur infolge des Klassendünkels im Bürgertum entstehen konnte, ist erkannt worden. Die Besten schreien nach echter Volksgemeinschaft unter einem verantwortungsbereiten Führertum, nach einem sozialen starken Staat, der fähig ist, die Lebensmöglichkeit jedes Volksgenossen sicherzustellen. Statt dessen beginnt das System den Warenhausbau (Redner brachte ein empörendes Beispiel aus der Lohndrückerpraxis der Warenhäuser). Aber so wie die Systemparteien den „Kampf gegen den Kapitalismus" verraten haben, so hat man es mit der „Demokratie", mit der „Offiziersfresserei" gemacht. Vor sieben Jahren bewarf man den Generalfeldmarschall mit Dreck, heute tut man so, als verehre man in Hindenburg den Nationalhelden. Früher brüstete man sich mit Deserteurseigenschaften, heute deklamiert Rudi: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ . . ." Die Internationalen sind plötzlich „national" und unterscheiden krampfhaft empfindlich zwischen Deutschen und „Ausländern". Man sagt heute schwarz, wo man früher dem Volke weiß malte: Verwirrung im System! Verwirrung der Gedanken — Verwirrung der Auswirkungen: Donaumonarchie, Memelpleite, Kriegsschuldlüge, Maulkorbgesetz, Notverordnungen, Arbeitslosigkeit usw.

Und all das hat auch der alte Herr von Hindenburg nicht verhindern können. Er durfte nur alles unterschreiben.

Pg. Pfeifer setzte dann klar auseinander, was an Positionen von uns geschaffen wird durch sofortige Maßnahmen: Arbeitsdienstpflicht, Ueberwindung der Arbeitslosigkeit: Arbeit und Brot! Weiter — die moralische Aufrüstung des Volkes, sauber denken, sauberes Wollen und Opferbereitschaft: Gemeinnutz vor Eigennutz! Wer die Kraft zum Opfer, zur Aufbauarbeit, zum unbedingten Kampfwillen für ein neues glückliches und starkes Deutschland in sich fühlt, der wählt

Adolf Hitler!

Zum letzten Mal wird zum Appell geblasen. Am Sonntag folgte der Bremer Spielmannszug, in seiner neuen Einteilung (Altstadt) einer Einladung der Ortsgruppe Riede-Feld in Riede. Dieselbe veranstaltete dort einen „Deutschen Abend", der gut besucht war. Es wurden unter anderem einige Theaterstücke vorgeführt, von denen das Stück „Schlageters Heldentod" großen Beifall fand. In den Zwischenzeiten spielte der Bremer SZ. unter Leitung des Tambourmajors Arfmann schneidige Märsche, die ebenfalls reichen Anklang fanden. Im Laufe des Abends sprach dann noch der SA.-Mann Stadtlander vom Bremer SZ. ein paar kurze, aber inhaltsreiche Worte. Die Ausführung endete mit dem Wortlaut:

„Du, deutscher Bauer, gibst du am 13. März Adolf Hitler deine Stimme, dann wird Deutschland weiterleben. Verjagst du aber an diesem Tage, dann wird Deutschland sterben."

Zum Schluß wurde dann ein dreifaches Sieg Heil auf unseren Führer Adolf Hitler ausgebracht. Erst spät traf der Bremer SZ. (Altstadt) wieder in Bremen ein.

*

Ein kommunistischer Reinfall. Ein voller Erfolg war die Wahlversammlung der NSDAP. im Café Martin in Gröpelingen. Die große Menge Menschen, die sich schon lange vor der Eröffnung der Wahlversammlung eingefunden hatte, zeigte, daß die Kozis- und Reichsbannerbanditen den Westen nicht mehr beherrschen. Kaum hatte Pg. Wöhrl (Oberpfalz) das Wort ergriffen, als auch schon das kommunistische Bürgerschaftsmitglied, der Maulheld Becker, seine ungewaschene Schnauze aufriß und fürchterlich zu schreien begann. Er verlangte nach der „Geschäftsordnung" und was er darunter versteht, das weiß man ja, nämlich Mord und Totschlag. Die Sowjetknechte kamen aber nicht auf ihre Kosten, denn sie wurden vom Saalschutz, den SS.-Kameraden, unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes aus dem Saal getrieben. Die rote Horde glaubte sich nun für ihren Reinfall entschädigen zu müssen, indem sie dem Saalvermieter eine Fensterscheibe einwarf und Drohungen gegen ihn ausstieß. Die Versammlung, die mit einem stürmischen Beifall für den Redner, Pg. Wöhrl, und einem dreifachen Heil auf unseren Führer Adolf Hitler endete, löste sich in Ruhe und Ordnung auf nicht ohne jedoch auf der Straße von herumstehenden Haufen kommunistischer Radaubruder angepöbelt zu werden.

Unfälle. Ein Fußgänger, der hinter einem vorbeifahrenden Straßenbahnzug die Fahrstraße überqueren wollte, lief dabei gegen eine aus entgegengesetzter Richtung kommende Straßenbahn. Er erlitt schwere Verletzungen und wurde dem Krankenhaus zugeführt. — Beim Bau der Ochtumbrücke erlitt ein Arbeiter eine Fußquetschung und wurde dem Diakonissenhaus zugeführt. — Auf dem Areal eines Straßenbahndepots kam ein Angestellter zu Fall und erlitt eine Augenverletzung. — An einer Straßenbahnhaltestelle wurde ein Fahrgast beim Aussteigen aus der Straßenbahn von einem Radfahrer angefahren und zu Fall gebracht. Der Fahrgast erlitt eine Beinverletzung und wurde mittelst Krankenwagens in seine Wohnung gebracht.

Diebischer Hausierer. Am 5. März gegen 18 Uhr wurde aus dem Flur eines Hauses der Isarstraße durch einen mit Bildern handelnden Hausierer ein Portemonaie mit ca. 10 RM. Silbergeld entwendet. Der Täter wird wie folgt beschrieben: 28 bis 30 Jahre alt, mittelgroß, bartlos, hellblond, lange Spitznase, bekleidet mit rotbraunem Ueberzieher. Besondere Kennzeichen: unter dem rechten Auge brauner Fleck.

Autodiebstahl. Am Sonnabend, 5. März, in der Zeit von 21.30 bis 23.10 Uhr wurde ein auf der Langenstraße aufgestellter, offener Dixiwagen mit rotem Kühler und roten Rädern, Erkennungszeichen H. B. 5261, Fahrgestell- und Motornummer 1096, entwendet.

Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft. 9. März: Kunsthalle, 20 Uhr: Prof. Dr. Emil Waldmann: „An der Schwelle der Hochrenaissance." (Luca Signorelli, Pietro Perugino) mit Lichtbildern. Karten nur an der Abendkasse. — Naturwissenschaftlicher Verein (Biologische Fachgesellschaft), 20 Uhr, Sitzungszimmer im Städt. Museum Dr. H. Fahrenholz: „Neuere Arbeiten über Artkreuzungen der Pflanzen". Nur für Mitglieder. — Olbersgesellschaft, 20 Uhr, Sternwarte, Seefahrtsschule: Beobachtung lichtschwacher Objekte.

11. März: Aerztlicher Verein, 20.30 Uhr, Aula der Deutschen Oberschule: Prof. Heß 2: „Maligne Neubildungen im Kindesalter." Prof. Grunert: „Maligne Tumoren des Auges". Dr. Kuhlmann: „Röntgendiagnostik und Therapie der Knochentumoren". Gäste nur mit Genehmigung des Vorsitzenden. — Historische Gesellschaft, 19.15 Uhr, Staatsarchiv: Frl. cand. phil. Dora Meyer: „Die Anfänge der Weser-Zeitung und ihre Politik in der ersten Zeit ihres Bestehens". Nur für Mitglieder. — Naturwissenschaftlicher Verein, Fachgesellschaft für Erbguthre und Erbgutpflege. Es wird mitgeteilt, daß der vom 1. März verschobene Vortrag des Herrn Dr. von Alten über „Kunst und Rasse" auf den 15. März festgesetzt ist, und zwar in der Kunsthalle, 20 Uhr.

Verlegung des Fernsprechanschlusses rechtzeitig beantragen!

Zum Anfang April werden sich die Anträge auf Verlegung von Fernsprechanschlüssen häufen. Damit die Dienststellen die Wünsche der Teilnehmer rechtzeitig erfüllen können, ist frühzeitiger Antrag bei der zuständigen Vermittlungsstelle erforderlich. Die Anträge werden in der Reihenfolge des Eingangs ausgeführt. Den Teilnehmern wird daher geraten, die Anträge auch dann schon jetzt zu stellen, wenn auch der genaue Zeitpunkt der Verlegung noch nicht feststeht. Dieser kann später mitgeteilt werden, mindestens aber eine Woche vor dem Umzug.

Zum Fall Kück

In unserer Nummer vom 9. Februar 1932 hatten wir in einem Artikel über die Kück A.-G. gesagt, daß die Firma W. Heering, Bremen, an Zinsen und Provision bis zu 36 Prozent pro Anno für ein Darlehn berechnet hätte. Die Firma teilt uns dazu folgendes mit:

Der beeidigte Bücherrevisor, Herr A. Erbrich, hat die Geschäftsbücher geprüft und festgestellt, daß der Kück A.-G. für einen in Anspruch genommenen Kontokorrent- und Wechselkredit bis zum Höchstbetrage von 182 622,96 im Jahre 1929 an Zinsen und Provision ein Satz von zusammen 8 bis 12,5 Prozent pro Anno und für einen Kredit bis zum Höchstbetrage von 125 250,55 RM. im Jahre 1930 zusammen 9,5 bis 11,5 pro Anno berechnet ist.

Unsere Arbeit hat sich nicht nur auf die Finanzierung der Kück A.-G. beschränkt, sondern die Firma ist darüber hinaus in erheblichem Umfang für die Kück A.-G. beim Verkauf ihrer Produktion kaufmännisch tätig gewesen und hat hierfür einschließlich Unkosten, eine vereinbarte Provision von 3 Prozent eines Teils des Fabrikationsumsatzes zu beanspruchen. Diese Provision errechnet sich im Jahre 1929 auf 6 296,85 RM. und im Jahre 1930 auf 4 321,97 RM. — bezahlt sind diese Beträge bisher nicht.

Rundfunk

Donnerstag, 10. März

6.30 Zeitangabe. 6.45 Wetterdienst. 6.50 Morgenmusik. 7 Wiederholung der Abendmeldungen. 7.05 Eisbericht. 7.50 Folgen verpäteter Zahnbehandlung. 11 Neue Kristallplatten. 12.10 Wetterdienst, Wintersportmeldungen. 12.20 Börsenfunk. 12.30 Mittagskonzert. 12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.15 Wetterdienst, Weser-Wasserstand, Kriminalmeldungen. 13.20 Funkwerbung. 14 Eisbericht, Nachrichtendienst. 15 Wetterdienst. 15.05 Börsenfunk. 15.35 Schiffahrtsfunk. 16 Deutsche Jugendstunde. 16.30 Kulturphilosophische Grundlagen der Politik. 16.55 Gut Mahl ist Henkens wert. Eine niedersächsische Küchen- und Magenstudie aus älterer Zeit. 17.20 Goethe reist durch Deutschland. 17.50 Das bunte Programm. 18.30 Die soziale Bedeutung der technischen Schutzrechte. 18.55 Radium in der Behandlung von Krankheiten. 19.20 Frankfurter Abendbörse, Hamburger Eiernotierungen. 19.25 Wetterdienst. 19.30 Staat und Wirtschaft in heutiger Zeit. 20 Bahms-Gesänge. 21 De Grabbelbüdel. 22 Nachrichtendienst. 22.20 Aktueller Dienst. 22.30 Tanzmusik. 23.20 Eisbericht.

„Iphigenie" im Bremer Stadttheater

Von Will Eilers

Und an dem Ufer steh' ich lange Tage,
Das Land der Griechen mit der Seele suchend.
Iphigenie, 1. Akt.

„Nun ist das Iphigenienrätsel gelöst. Der Gefühlszustand, welchen wir Sehnsucht nennen, bedarf körperlicher Ruhe. Er bedingt Insichversenken, ein sich Gehen oder Fallenlassen." So schrieb der große deutsche Maler Anselm Feuerbach im Juni 1861 aus Rom an seine Familie. Und mit Recht konnte ebenderselbe im Februar 1862 nach der Vollendung seiner Iphigenie in einem weiteren Brief von ihr behaupten: „Dieses Bild ist ein Opfer auf dem Altar der Kunst. Es ist das Größte und Beste, was ich bis jetzt gemalt habe." Wenn man Goethes Iphigenie liest oder im Theater sieht, so drängt sich einem unwillkürlich Anselm Feuerbachs wundervolles Bild vor die Seele, das mit der Dichtung das eine große Moment gemeinsam hat: Beides sind Kunstwerke, bei welchem die Forderungen des klassischen Schönheitsgesetzes, edle Einfalt und stille Größe, als die höchsten Eigenschaften des Schönen in unerreichter Weise erfüllt sind. Für den Maler wie für den Dichter war die italienische Erde der Nährboden geworden, auf dem ihre künstlerischen Ideen zur höchsten Vollendung heranreifen konnten.

Goethes „Iphigenia" gehört wie „Torquato Tasso" zu den Sehnsuchtsdramen, die er in den Jahren 1776—1786 teils entwarf, teils vollendete. Die schon im Jahre 1779 in Prosa geschriebene Dichtung wurde in Weimar von Mitgliedern der Hofgesellschaft aufgeführt, wobei Goethe selbst den Orest, die Hofschauspielerin Corona Schröter die Iphigenie spielte. Unter Italiens heiterem Himmel erhielt sie dann 1786—1787 ihre wunderbar vollendete künstlerische Form. Den von Euripides entlehnten Stoff hat Goethe frei gestaltet und abgeklärt, indem er manches Rohe und Barbarische der antiken Tragödie milderte und vor allem an Stelle des unvermeidlichen deux ex machina, der ganz plötzlich und unvermittelt erscheinenden Gottheit, auf deren Machtwort hin Thoas Iphigenia und das Freundespaar ziehen läßt, den Knoten der Verwirklichung dadurch löst, daß er den Orest in geistreicher Auslegung des Orakelspruchs den wundervollen Gedanken aussprechen läßt, das Wort des Apollo:

Bringst du die Schwester, die an Tauris Ufer.
Im Heiligtume wider Willen bleibt,

Nach Griechenland, so löset sich der Fluch — beziehe sich nicht auf des Gottes Schwester, Artemis, sondern auf des Schwester Orestens. Wenn wir diese Lösung mit der des griechischen Tragikers vergleichen, wenn wir ferner sehen, wie Goethe seiner Heldin Denken und Handeln veredelt hat und sie als eine Heilige, eine Göttergleiche erscheinen läßt, so ist es, als ob das Ergebnis einer zweitausendjährigen sittlichen und künstlerischen Entwicklung in einem göttlichen Symbol vor uns erschiene.

Ein Sehnsuchtsdrama wurde die „Iphigenie" genannt. Mit Recht, denn die ganze Sehnsucht, die ihn damals erfüllte, hat Goethe in dieses hohe Lied weiblicher Reine und Hoheit hineingesenkt, Sehnsucht nach dem Besitz der Frau von Stein und Sehnsucht nach dem Lande seiner Jugendträume, Italien und dem ewigen Rom. Und von dieser, seiner Sehnsucht, sind auch die Hauptpersonen des Dramas erfüllt: Iphigenie sehnt sich aus der Verbannung zurück in die schönen Gefilde, in denen sie ihre Jugend verlebt, Orestes aus dem Fluch des Muttermordes nach innerem Frieden, Thoas nach dem Besitz der Geliebten, die ihm nicht nur Priesterin, sondern Inbegriff reinster und holdester Weiblichkeit ist, und an deren Seite er ein neues Familienglück aufbauen will. Sie, die Fremde, hat es fertig gebracht, die barbarischen Sitten des Landes zu mildern, weil sie veredelnd auf das Gemüt des herrischen, bisher jeden Mitgefühls unfähigen Königs zu wirken weiß, so daß schließlich Thoas zum Wohltäter an Iphigenie wird und in großmütigem Verzicht auf ihren Besitz sie ziehen läßt, nicht grollend und sich abwendend, sondern gütig und verstehend und mit einem, wenn auch schmerzlichem: „Lebt wohl!"

Die Erkennungsszene zwischen Schwester und Bruder ist nicht die bewegteste, wohl aber die poetisch reizvollste, die es gibt. Die Erinnerungen der Familie Agamemnons sind hier mit bewunderungswürdigem Geschick heraufbeschworen, so daß man die Bilder, mit denen Sage und Geschichte das Altertum bereichert haben, leibhaftig vor sich zu sehen glaubt. Eine solche Poesie, so reich an sprachlichen Schönheiten und erhabenen Empfindungen, versenkt die Seele in stille Betrachtung, die ihr dramatische Bewegung und Mannigfaltigkeit entbehrlich machen.

Von der großen Anzahl schöner Stellen in diesem Drama ist besonders eine hervorzuheben, die nirgends ein Vorbild hat. Iphigenie erinnert sich in ihrem Schmerz eines alten, in ihrer Familie bekannten Liedes, das die Amme sie in ihrer Jugend gelehrt hat: Es ist der Gesang der Parzen an den in die Hölle gestürzten Tantalus, den Ahnherrn ihres Hauses. Sie erinnern ihn an seine verlorene Größe, als er noch der Gast der Götter an goldenen Tischen war. Sie schildern den schrecklichen Augenblick, wo er vom Thron gestürzt wurde, die Strafe, welche die Götter ihm auferlegten und die unzerstörbare Ruhe dieser Götter, die über dem Weltall schweben und die die Klagen der Hölle nicht erschüttern können. Dabei verkünden die drohenden Parzen den Enkeln des Tantalus, daß die Götter sich von ihnen abwenden werden, weil sie die Züge des Ahnherrn tragen. Der alte Tantalus vernimmt den düsteren Gesang in der ewigen Nacht, denkt an seine Kinder und senkt das schuldbeladene Haupt. Die treffenden Bilder und der herrliche Rhythmus, der sich aufs innigste dem Gedankeninhalt anschmiegt, geben diesem Gedicht den Charakter eines Volksliedes. Sich in solcher Weise mit dem Altertum vertraut zu machen und gleichzeitig das zu erfassen, was bei den Griechen volkstümlich sein mußte und was trotz der dazwischen liegenden Jahrhunderte auch noch auf uns einen feierlichen Eindruck macht, das ist das Meisterstück des goethischen Genius, der mit seiner „Iphigenia auf Tauris" das klassische Vorbild erreicht hat.

Aus Bremen Stadt und Staat

Zusammenstoß zwischen Auto und Motorrad vor Gericht. Am 8. August v. J. ereignete sich auf dem Osterdeich ein schwerer Verkehrsunfall, der ein Todesopfer forderte. Mit der Schuldfrage hatte sich nun das Schöffengericht zu beschäftigen. Angeklagt war der Kraftfahrer Giemsch, der mit einem Motorrad mit Beiwagen in der Richtung nach der Stadt fuhr. Auf dem Soziussitz saß sein Vetter. G. behauptete, mit sehr mäßiger Geschwindigkeit von etwa 22 Stdkilom. gefahren zu sein. Auf der anderen Seite fuhr ein Bauernwagen. Plötzlich will er gesehen haben, wie hinter diesem Wagen ein Auto herumfuhr und gleich darauf kam es zum Zusammenstoß. Der Fahrer des Autos, der Kaufmann Junge, behauptete, im Schritt den Bauernwagen überholt zu haben. Jeder von beiden hatte den Eindruck, als ob der andere durch eine unmotivierte Linkswendung den Unfall verschuldet hätte. Die Aussagen der Zeugen waren widerspruchsvoll. Von den Sachverständigen meinte der eine, daß das Verschulden beide treffe, das größere Verschulden liege aber bei G.; der andere Sachverständige verneinte die Schuld des Angeklagten. Aus den Gutachten der Sachverständigen ging hervor, daß eines der beiden Fahrzeuge ein bedeutend höheres Tempo gefahren habe, als angegeben. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte unter Zubilligung mildernder Umstände in weitestem Maße eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht erkannte entsprechend diesem Antrag.

Tierschutzverein. In der unterm Vorsitz von Pastor prim. Bode stattgehabten Hauptversammlung erstattete Herr Bielguth den Jahresbericht. Er gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Ehrenmitglieds Dr. A. Küthmann und seiner reich gesegneten Tätigkeit. In den Vorstand sind neu eingetreten: Herr Rechtsanwalt Dr. Bodo Meier und Herr Joh Hilken. Letzterer als Rechnungsführer. Die Zahl der Mitglieder ist nur unwesentlich gefallen. Die Hilfe des Vereins wurde in beinahe 1000 Fällen in Anspruch genommen. Hiervon entfallen 174 auf Pferde, 231 auf Hunde, 218 auf Katzen. Der Vereins-Tierarzt Dr. Maulhardt wurde in 12 Fällen zu Rate gezogen. An gerichtlichen Strafen wurden 7 ausgesprochen und zwar Geldstrafen in Höhe von 5 bis 60 RM. und 2 Haftstrafen von 1 bzw. 2 Wochen. An Polizeistrafen in Höhe von 6 bis 60 RM. wurden 21 verhängt. Die Feuerwehr mußte mit den beiden Ambulanzwagen 49mal erkrankte oder verletzte Tiere befördern und in 32 Fällen mit Hebezeug oder anderen Gerätschaften der Feuerwehr Hilfe leisten. Die Hilfe wurde 71 Pferden und 10 Stück Hornvieh zuteil. An die Jugend wurden 2300 Tierschutzkalender verteilt, die öffentlichen Anlagen, Parks und Friedhöfe mit Vogelfutter versorgt und der Bürgerparkverwaltung wie alljährlich wieder 50 RM. überwiesen zur Beschaffung von Nisthöhlen. Der Unterrichtsverwaltung wurden Merkblätter überwiesen, um im Arbeitsunterricht Anregung zur Herstellung von Nistkästen zu geben. Die Tiertränke in der Düsternstraße wurde wiederhergestellt und eine Tötungsstelle für neugeborene Katzen eingerichtet. Ungefähr 100 junge Tiere wurden sachgemäß getötet. Der Vogelfreistätte Mellum wurde eine Beihilfe von 100 RM. gewährt, und ein Tierschutzverein in Verden von Bremen aus gegründet. In der Gründungsversammlung hielt Herr Dr. Weißenborn einen Vortrag über: Tierschutzbestrebungen. Herr Fritz Müller erstattete Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe Vegesack, wo 17 Hunde und Katzen der Tötungsstelle überbracht wurden und in 23 Fällen von Tierquälereien eingeschritten werden mußte. Die Presse dort hat sich oft in den Dienst der guten Sache gestellt, gerade wie hier in Bremen, und auch die Behörden waren dort wie hier stets unterstützungsbereit. Herr Hilken erstattete den Kassenbericht, der Besonderheiten nicht aufwies. Der Verein wird nunmehr gerichtlich eingetragen und die Satzungen dementsprechend geändert. Die bevorstehende Gründung eines eigenen Tierheims wird von diesen Seiten freundlichst begrüßt.

Wohlfahrtsbriefmarken. Der Vertrieb derselben endet mit dem 31. März 1932, während die Gültigkeitsdauer mit dem 31. August 1932 abläuft. Um Irrtümern vorzubeugen, führen wir nachstehend die gesamten Werte der Wohlfahrtsbriefmarken 1931-32 auf: 6-Pfg.-Marke für Fernpostkarte, Verkauf 10 Pfg.; 8-Pfg.-Marke für Ortsbriefe, Verkauf 12 Pfg.; 12-Pfg.-Marke für Fernbriefe, Verkauf 15 Pfg.; 15-Pfg.-Marke für Ortsbriefe von 20—250 Gramm und Auslandspostkarten, Verkauf 20 Pfg.; 25-Pfg.-Marke für Fernbriefe von 20—250 Gramm und Auslandsbriefe, Verkauf 35 Pfg.; 50-Pfg.Marke, Verkauf 90 Pfg. Erhältlich in sämtlichen durch Plakataushang kenntlich gemachten Geschäften und Langenstraße 35-37.

Bremer Viehmarktbericht. Auftrieb: Ochsen 48, Bullen 146, Kühe 150, Färsen 84, Kälber 352, Schafe 210. Lebend ausgeführt: Rinder 126, Kälber 13, Schafe 21. Unverkauft blieben: Rinder 10, Schafe 34. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kälber und Schafe mittel, prima Kälber über Notiz. Preise: Ochsen a 1) 35—37 (21), b 1) 30 bis 33), (12) c) 27—28 (15); Bullen a 33—34 (40), b) 28—32 (68), c) 24—27 (30); Kühe a) 25—26 (28), b) 21—24 (45), c) 17—20 (40), d) 13—16 (32); Färsen a) 34—35 (25), b) 29—33 (39), c) 22—28 (20); Kälber b) 40—42 (140), c) 35—39 (68), d) 28—34 (74) e) 20—27 (70); Schafe a 1) (38—39 (73), b) 33—37 (32), c) 25—30 (70). Fleischmarkt: Geschlachtet eingeführt: Rinder 63, davon 15 dän., Kälber 81, Schafe 16. Schweine 173. Geschäftsverlauf: langsam. Preise: Rindfleisch a) 54—58, b) 47—53, c) 30—46: Kalbfleisch a) 70—75, b) 63—70, c) 35—62: Schaffleisch a) 76—80, b) 70—75, c) 40—69; Schweinefleisch a) 50—53, b) 45—49, c) 30—44.

Wahlalter 20 Jahre.

Es wird darauf hingewiesen, daß jeder Deutsche, beiderlei Geschlechts, mit vollendetem 20. Lebensjahr wahlberechtigt ist.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba 1 6.65 unverzollt. Gerste: Donau 5.35 unverzollt, La Plata 5,40 unverzollt, Russen 5,40 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56 Kilogr. 9,60. Mais: La Plata 8.65 verzollt, Donau Galfor 7,90 verzollt. Tendenz: fest.

Waih geschrien

Auf dem Leipziger Platz, dem größten Verkehrspunkt der Reichshauptstadt, ist zu beiden Seiten auf städtischem Gelände ein Riesenplakat angebracht. Der Hindenburg-Ausschuß wirbt hier für die Wahl; in den Abendstunden werden die beiden Plakate mit grellen Scheinwerfern beleuchtet. Wir wundern uns nicht darüber, daß hier die Mittel der Allgemeinheit in den Dienst einer Parteienkandidatur gestellt werden, obwohl Hindenburg als Präsidentschaftskandidat keine Bevorzugung vor den anderen beanspruchen kann.

Nun läuft über einem Hause auf dem anschließenden Potsdamer Platz im Rahmen der Lichtreklame eine Propaganda für die Wahl Hitlers. Eine Privatgesellschaft hat den Betrieb der Lichtreklame von der Stadt, der Besitzerin des fraglichen Hauses, gegen gute Bezahlung gepachtet, und die Fläche wiederum gegen Bezahlung der nationalsozialistischen Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt. Also eine durchaus normale Angelegenheit, die jedoch ganz Jerusalem aus dem Häuschen gebracht hat. So berichtet das Jerusalemer Tageblatt unter der Ueberschrift **„Grober Unfug", daß die „zuständigen städtischen Stellen dieser vertragswidrigen Reklame" ein Ende machen müßten.** Die Herrschaften müssen die H.... doch gestrichen voll haben, wenn schon die reine Propaganda für Hitler solche Entrüstungsstürme hervorruft. Nächstens wird man noch das Anbringen von Plakaten und die Vermietung städtischer Säle zu Versammlungen verbieten wollen. An der Volkswahl Hitlers wird das auch nichts ändern können!

Zweierlei Wahlfreiheit

Die Gazetten des Parteiensystems machen in Demokratie, die während des Wahlkampfes wiedergeboren werden soll. Nach einem Erlaß des preußischen Innenministers soll niemand anders als die Polizei diese „Wahlfreiheit" sichern. In nicht geringem Mißklang zur schönen Theorie steht die Praxis des marxistischen Berliner Polizeipräsidenten, der einen Aufmarsch der Berliner SA. im Westen der Stadt verboten hat. Begründung ist unnötig, trotz Wahlfreiheit und Erlassen! Zur gleichen Zeit, in der ein Propagandamarsch von 2000 SA.-Leuten in Wilmersdorf verboten wird, demonstriert die KPD. im Lustgarten. Die gleichen roten Fahnen, mit denen am Sonntag für Hindenburgs Wiederwahl Propaganda gemacht wurde, wehen diesmal für Thälmann, die gleichen Melodien, Internationale und Marseillaise erschallen für den bolschewistischen Reitergeneral. — Trotz allem war der „Massenaufmarsch" der KPD. im Lustgarten eine Blamage, wie der sonntägliche Appell der „eisernen" Brüder. Nicht einmal das Wetter war den Teddybeuteln gnädig; der Schnee legte sich hindernd auf die Trompeten und Schalmeien wie auf die Kehle der Propagandaredner.

Nazionalsozialisten vogelfrei?

Der Kommandeur der Altonaer Schutzpolizei hat einen ungeheuerlichen Erlaß herausgegeben, nach welchem die unterstellten Dienststellen aufgefordert werden, „Angehörige radikaler Parteien nicht auf staatseigenen Wagen zu befördern". — Diese Anweisung muß festgehalten werden. Anlaß zu der Verfügung bot folgender Vorfall: Zwei SA.-Männer wurden kürzlich von Reichsbannerleuten niedergeschlagen; das Überfallkommando kam dazu und nahm sie in Schutzhaft auf den Wagen, um die Ueberfallenen nach 100 Metern wieder abzusetzen. Das ist selbstverständliche Pflicht der Polizei, die durch den gekennzeichneten Erlaß verboten werden soll. Man will die überfallenen Nationalsozialisten ihrem Schicksal überlassen. Sind die SA.-Kameraden etwa vogelfrei? Nicht lange mehr!

Der Mörder des SA.-Mannes Ludwig überführt.

Berlin, 8. März. Der Mordkommission der Politischen Polizei ist es gelungen, den 31-jährigen früheren Angehörigen des Roten Frontkämpfer-Bundes Hugo Schwarz als Mörder des am Sonntagmorgen in der Choriner Straße erschossenen Nationalsozialisten Otto Ludwig festzustellen. Schwarz gilt nach Mitteilung der Polizei durch die Zeugenaussagen als überführt.

Lügen, die sich selbst entlarven.

München, 7. März. In gewissen Kreisen der Burschenschaften werden Gerüchte verbreitet, daß der Führer beabsichtige, die studentischen Korporationen aufzulösen, wenn der Nationalsozialismus an der Macht ist. Das System sieht wohl auch diese handgreifliche Lüge als „geschickte" Wahlmache an, um die Burschenschaften für eine Stellungnahme gegen den Kandidaten der Freiheitsbewegung aufzuhetzen und die nationale Studentenschaft in einen Gewissenskonflikt zu treiben, der dem künftigen Reichspräsidenten Stimmen abjagen, darüber hinaus auch den Bestand des Waffenstudententums gefährden soll. Die Hintergründe dieser neuesten Wahlquertreiberei liegen zu offen da, als daß jemand auf sie hereinfallen könnte.

Aus aller Welt

Die Suche nach dem Lindbergh-Baby

Newyork, 9. März. Im Verlaufe ihrer Nachforschungen nach den Entführern des Lindbergh-Babys hat die Polizei bisher lediglich die Herkunft der Leiter ermittelt, auf der die Entführer in die Wohnung einstiegen. Sie stammt aus einer Neubaukolonie, die 10 Kilometer von dem Tatort entfernt liegt. — In der Erkenntnis ihrer Hilflosigkeit hat die Polizei jetzt die Besitzung Lindberghs geräumt und das Telephon freigegeben, um die Verhandlungen zu erleichtern. Lindbergh hat durch Mittelspersonen Verhandlungen mit den Entführern aufgenommen und empfing den ganzen Tag über geheimnisvolle Besuche.

Die Schwiegermutter entführt

Halle, 8. März. Bei einem Bäckermeister in Deberstedt (Mansfelder Seekreis) erschienen am Montag nachmittag vier Verwandte, zwei Männer und zwei Frauen, zusammen mit einem Unbekannten und verlangten in großer Erregung die 83jährige Schwiegermutter des Bäckermeisters zu sprechen. Als dieser ihnen dies wegen früherer Familienstreitigkeiten nur unter der Bedingung gestattete, daß sie von der Straße aus durch ein Fenster mit seiner Schwiegermutter sprachen, sprangen plötzlich die drei Männer über den Lattenzaun und gingen gegen den Bäckermeister tätlich vor. Die beiden Frauen begaben sich schnell in das Schlafzimmer, wo die Greisin zu Bett lag und schleppten sie in einen bereitstehenden Kraftwagen. Der Bäckermeister, der seiner Schwiegermutter zu Hilfe eilen wollte, wurde von den drei Männern gewaltsam zurückgehalten und bedroht. Die Greisin wurde entführt. Der Grund zur Tat soll darin liegen, daß sie den Bäckermeister in ihrem Testament bevorzugt haben soll.

Der erste Gatte Lia de Puttys erschießt sich.

Budapest, 8. März. Am Dienstag hat sich in einem kleinen Hotel der 45jährige oberungarische Stuhlrichter Eduard Szepessy erschossen. Er war der erste Gatte der aus Ungarn stammenden vielgenannten und kürzlich in Amerika verstorbenen Filmschauspielerin Lia de Putty, die Szepessy als 16jähriges Mädchen heiratete. Nach fünfjähriger Ehe, der zwei Mädchen entsprossen, verließ ihn die Frau, ließ sich als Schauspielerin ausbilden und machte dann bekanntlich eine große Karriere beim Film. Szepessy widmete sich ganz der Erziehung der beiden Töchter, war aber seither gemütskrank und ergab sich dem Trunke, was nun zum Schuß der Tragödie führte. Den Kindern fällt ein größerer Grundbesitz zu.

Letzte Meldungen

Dr. Goebbels zur Präsidentenwahl

Berlin, 8. März. Die NSDAP. veranstaltete am Dienstag abend im Zirkus Busch und in den Tennishallen in Wilmersdorf Massenkundgebungen, auf denen der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels zu dem Thema „Schluß jetzt — Hitler wird doch gewählt" sprach. Er erklärte u. a., die Nationalsozialisten hätten Hitler als Kandidaten aufgestellt, weil man wisse, daß am 13. März die letzte Schlacht geschlagen werde. Auf die nationalen Parteien lege man keinen Wert und da **Volk werde entscheiden über die Sonderberechtigung der Sonderkandidatur.** Ueber die Behauptung, die NSDAP. sei romhörig, könne man nur lächeln. Wenn der Innenminister nach den Zielen der Nationalsozialisten frage, so möge er sich an die 15 Millionen Wähler Hitlers wenden, um deren Antwort zu hören. Nach dem 13. März werde man in der Bendlerstraße wissen, was die Nationalsozialisten zu tun gedächten.

Adolf Hitler in Stuttgart

Stuttgart, 8. März. Am Dienstagabend sprach Adolf Hitler in der Stadthalle, die infolge des überaus starken Andranges bereits um 7.30 Uhr gesperrt werden mußte. Gleichzeitig waren zwei Zelte bereitgestellt, in die die Rede übertragen wurde, sodaß die Gesamtbesucherzahl mit 15 000 nicht zu hoch genommen sein dürfte.

Nach einer Einführungsrede von Gauleiter Abgeordneten Murr, der bekanntgab, Adolf Hitler könne infolge einer durch Schneeverwehungen entstandenen Automobilpanne erst später eintreffen, sprachen der SA.-Führer von Jagow und Hauptmann Goering. Um 10.30 Uhr kam dann Adolf Hitler an, von der Menge stürmisch begrüßt. Vor 13 Jahren, so führte Hitler u. a. aus, habe das jetzige System das alte Reich zerschlagen und die Macht an sich gerissen. Das alte Reich sei geachtet, vielleicht gefürchtet gewesen, aber es habe eine relative Größe und eine relative Macht besessen. 13 Jahre seien eine lange Zeit für die Bewährungsfrist eines Systems. Bezüglich des Briefes des Reichsinnenministers Groener führte Hitler u. a. aus: „Am 13. März wird über Ihr Programm, Herr Minister zu Gericht gesessen. Das deutsche Volk hat 13 Jahre lang gelitten und nun zieht es die Folgerungen. Es kann keine gesunde Wirtschaft geben, wenn ein Volk keine Nation mehr sein will. Herr Groener, unser positives Programm ist unsere positive Bewegung. Heute sind wir die öffentlichen Ankläger geworden und fordern am 13. März dieses System in die Schranken des Gerichts. Ihr, Zentrum und Sozialdemokratie, Ihr sollt uns nicht mehr um die Zukunft bringen. **Wir sind entschlossen, Deutschland von den Parteiverbrechen frei zu machen".** Am 13. März möge jeder nach seinem Gewissen handeln. Er, Adolf Hitler, bettele nicht um die Stimmen der Wähler. Diese Wahl sei nur ein Mittel zum Zweck. Aus den Leichen der Wahl solle sich das deutsche Volk erheben. **Am 13. März sei die Wahl und am 14. März gehe der Kampf weiter.**

Amtlicher Wetterbericht

Das gestern nach Südosten gezogene Tiefdruckgebiet ist nach Rußland abgewandert. Ein schwacher Rest hat sich noch über Nordmeer und Nordsee erhalten, er wird aber voraussichtlich bald von dem auf Skandinavien und dem Nordwesten unseres Erdteiles südwärts sich ausbreitenden hohen Druck verdrängt werden. Gegen den Kanal bewegt sich ein neues Teilgebiet heran und wird Anschluß an die westlichen Randbildungen des nach Osten abgewanderten Tiefs erreichen. Die Wetterlage wird zunächst von dem nordöstlichen Hochdruckgebiet bestimmt werden.

Voraussage für den 10. März: Mäßige bis frische Nordwestwinde, vorwiegend bedeckt, Schneefälle, leichter bis mäßiger Frost, Küstenstrich lags milder.

Aussichten für den 11. März. Voraussichtlich bei Winden östlicher Richtungen wenig Aenderung der bestehenden Witterung.

Jeder Parteigenosse

ist in diesen Tagen verpflichtet, sein Blatt

zu Propagandazwecken weiterzugeben!

Wilhelm Kube, Mitglied des Preußischen Landtages

Wir wählen Hitler!

Der 26. Februar 1932 wird in der Geschichte des deutschen Volkes noch in fernen Zeiten als ein Ehrentag genannt werden. An diesem Tage erwarb Adolf Hitler durch Ernennung zum braunschweigischen Beamten die deutsche Staatszugehörigkeit! Vergeblich hatten die nationalen Massen Jahre hindurch darauf gewartet, daß der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, gemeinsam mit dem Chef des Kabinetts der Frontsoldaten, wie Herr Dr. Brüning sein Kabinett gern nennen läßt, dem mit dem **Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichneten Frontsoldaten** Adolf Hitler freiwillig die deutsche Staatszugehörigkeit verleihen würde. Millionen der besten Deutschen erschien es unfaßbar, daß ein Mann deutschen Blutes zwar 4½ Jahre hindurch in der deutschen Armee kämpfen und bluten dürfe, daß man ihm aber trotz seiner immer wieder bewiesenen deutschen Zugehörigkeit zum deutschen Volksverbande, die Staatszugehörigkeit einfach verweigerte. Nun ist durch das Verhalten der braunschweigischen Regierung dieser Zustand beendigt und Adolf Hitler ist in den vollen Besitz aller staatsbürgerlichen Rechte getreten!

Die demokratische und die sozialdemokratische Presse wetteiferten im Bunde mit dem christlichen Zentrum, Adolf Hitler weiter zu bekämpfen. Eine Gipfelleistung auf diesem Gebiete stellt ein **niederträchtiges gereimtes** Machwerk dar, das der sozialdemokratische „Vorwärts" am 27. Februar veröffentlicht hat. Die preußischen Behörden haben trotz der Notverordnung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Schutze der persönlichen Ehre für im politischen Leben stehende Persönlichkeiten bis zum 28. Februar keinen Anlaß gesehen, gegen die bodenlose Gemeinheit des sozialdemokratischen Hauptorgans einzuschreiten.

Der 13. März 1932 gibt jedem Deutschgesinnten endlich Gelegenheit, die Rechtsgleichheit in Deutschland wieder herzustellen. Einstimmig hat der Reichstag in seiner letzten Sitzung diesen Wahltermin für die **Reichspräsidentenwahl festgelegt.**

Vier Bewerber

sind bisher für den kommenden Wahlgang von den verschiedenen politischen Richtungen genannt worden: Adolf Hitler für den Nationalsozialismus — Paul von Hindenburg für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Deutsche Staatspartei und einige andere kleine Parteien der bürgerlichen Mitte — Herr Thälmann für die Kommunisten und die abgesplitterten linken Kreise der Sozialdemokratie und Herr Düsterberg für die Deutschnationale Volkspartei und die Leitung des Stahlhelmbundes. Trotz der „Front von Harzburg" haben es die Deutschnationalen für richtig gehalten, eine von vornherein praktisch wertlose Splitterkandidatur aufzustellen, die von der „Scherlpresse", (die fette Juden-Anzeigen aufzunehmen pflegt!) mit aufdringlichem Tamtam angepriesen wird. Dabei entsacht besonders der Redakteur Hussong einen hemmungslosen Haß- und Hetzfeldzug gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei und vornehmlich gegen unsere Reichstagsfraktion. Wir können uns nach den von Herrn Hussong und seinem Mitarbeiterstab bisher gelieferten Kostproben noch auf allerhand von Seiten der Reaktion gefaßt machen. **Besonders in den östlichen Provinzen Preußens setzt seit einigen Wochen ein rücksichtsloser Unternehmerterror der Deutschnationalen gegen nationalsozialistische Arbeitnehmer ein. Unvergessen bleibt der deutschnationale Kampfruf von Gleissen in der Ostmark:** Hitler verrecke!! Unvergessen bleibt weiter der „vertrauliche Rundbrief" des deutschnationalen Landesverbandsvorsitzenden für Mittelschlesien, des Freiherrn von Sauerma, an die deutschnationalen Großgrundbesitzer, der zur Brotlosmachung nationalsozialistischer Gutsbeamter und Landarbeiter aufforderte. In ähnlicher Richtung liegt das Verhalten deutschnationaler Kreise im Bezirk **Königsberg in der Neumark,** besonders eines deutschnationalen Druckereiunternehmers in Neudamm.

Wir Nationalsozialisten stehen also auch in diesem Kampf wieder allein und sind völlig auf uns angewiesen.

Und das ist gut so!

Wir haben gegenüber den frechen Lügen der Marxisten eine weit bessere Stellung, als wenn die Deutschnationalen und die irregeleitete Leitung des Stahlhelms die Harzburger Front nicht zersplittert hätten. Wir wundern uns nur, daß so kluge Männer wie Franz Seldte und Rittmeister v. Morosowicz dem Ehrgeiz des 2. Bundesführers des Stahlhelms nachgegeben haben. Der Stahlhelm, der Jahre hindurch seine parteipolitische Unabhängigkeit bewahrt hat, ist durch die Kandidatur Düsterberg **die Parteigruppe der Deutschnationalen Volkspartei** geworden, die noch 1927 gemeinsam mit der Sozialdemokratie einheitlich das Republikschutzgesetz — doch auch gegen die Stahlhelmwünsche?! — verlängert hat. Wir wissen, daß zahllose Stahlhelmer diese parteipolitische Schwenkung ihrer Bundesleitung nicht mitmachen und daß der Gefreite des Weltkrieges Adolf Hitler zahlreiche Stahlhelmstimmen erhalten wird, weil diese Stahlhelmer 1925 und 1927/28 das völlige Versagen der Deutschnationalen in zwei Reichskabinetten erlebt haben.

Reichspräsident von Hindenburg ist Ehrenmitglied des Stahlhelms und Kandidat des Zentrums und auch der Sozialdemokratie. Einmütig fordern **Herr Dr. Sahm, Herr Dittmann und Herr Dr. Brüning** zur Wiederwahl des Herrn von Hindenburg auf.

Die Einheitlichkeit der politischen Linienführung vom Ehrenmitglied bis zum letzten Jungstahlhelmer scheint mir im Stahlhelm nicht gerade glücklich gewahrt zu sein.

Die Kandidatur des in seinen politischen Entschlüssen von Moskau abhängigen russischen Obersten und Regimentsinhabers Thälmann ist ebenfalls von vorherein zum Scheitern verurteilt. **Nie wird das deutsche Volk kommunistisch werden. Und das dankt es allein dem deutschen Führer Adolf Hitler!** Ohne Hitlers Kampf hätte Thälmann dank der Notverordnungspolitik des Herrn Dr. Brüning Aussicht auf den Sieg. Der Nationale Sozialismus aber hat in der Seele der Arbeiter der Stirn und der Faust, der Jugend und der Bauern den Marxismus besiegt und überwunden. Gewiß wird Thälmann auch aus den Reihen der Sozialdemokratie starken Zulauf erhalten. Selbst die Kerntruppe der Hindenburg-Kandidatur, das Reichsbanner, wird nicht alle „Eisernen" für den Kgl. Preußischen Generalfeldmarschall trotz jahrelanger Zusammenarbeit an die Wahlurne kommandieren können. Die Parole:

„Reichsbannerkameraden! Wählt das Ehrenmitglied des Stahlhelms!"

hat nicht unbedingt für alle eine zwingende Kraft. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie für Herrn von Hindenburg enthüllt den politischen Zusammenbruch der Sozialdemokratie **aus dem Mannschaftsstande** entscheidet sich die Sozialdemokratie aus hemmungsloser Angst vor dem Erwachen, vor dem Aufbruch der Nation, für den Generalfeldmarschall den ihre Parteigenossen noch 1925 niederträchtig geschmäht und verhöhnt haben. 1918 rissen auch sozialdemokratische Massen den Offizieren die Achselstücke und die Ehrenzeichen herunter, 1918 beteiligten sich führende Sozialdemokraten am Munitionsarbeiterstreik, durch den allein Deutschland den Krieg verlor, und 1932 gibt sich die Sozialdemokratie **vor der Schlacht verloren!** Alle tönenden und drohenden Worte der Herren von der „Eisernen Front" können über die brutale Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß sich die Sozialdemokratie nicht mehr getraut, einen eigenen Reichspräsidentschaftskandidaten aufzustellen. Und dabei besitzt sie doch zum mindesten in Preußen in Männern wie Braun und Severing Persönlichkeiten, die Herrn Thälmann hoch überlegen sind. Noch am 14. September 1930 lag die SPD. mit mehr als 2 Millionen Stimmen Plus vor uns Nationalsozialisten. Jetzt zieht sie geschlagen schon vor dem Kampfe heim. **Das Zentrum hat die SPD. fürchterlich geleimt und eingeseift!** Denn Herr v. Hindenburg ist der Kandidat Dr. Brünings, nicht Dr. h. c. Brauns und Dr. h. c. Karl Severings! Otto Braun und Karl Severing dürfen Herrn v. Hindenburg wählen! Weiter nichts! Herr von Hindenburg identifiziert sich mit der Regierungsweise Dr. Brünings, an dessen Notverordnungspolitik er eifern festhält. Das schwarz-rote Preußen ist durch die erfolglose Politik der SPD. ins zweite Treffen geraten. Und selbst wenn Herr von Hindenburg wider alle Erwartung in den zweiten Wahlgang am 10. April 1932 käme, selbst wenn er diesen Wahlgang mit der Einheitsfront von Düsterberg bis Thälmann gegen den Nationalsozialismus gewänne; **am 8. Mai 1932 vollendet sich das Schicksal der Sozialdemokratie bei den preußischen Landtagswahlen dennoch!** Dann ist's vorbei mit aller Novemberherrlichkeit! Dann spricht das tief enttäuschte, in seinem Innersten durch Zentrum und Sozialdemokratie verwundete und verletzte Preußenvolk. Dann kommt die Synthese von Potsdam und Nationalsozialismus zu herrlicher, siegreicher Entfaltung!

Die Hauptentscheidung fällt schon am 13. März

1932, wenn jeder und jede Deutsche an diesem Tage ihre Pflicht und Schuldigkeit für die Freiheit und für die Auferstehung des deutschen Volkes unter Ablehnung jeder Zersplitterung **durch die Wahl Adolf Hitlers zum Reichspräsidenten** tun.

Wir bekämpfen die Politik des Reichspräsidenten von Hindenburg, nicht den Sieger von Tannenberg. Moltke siegte bei Königgrätz und Sedan, in der Reichspolitik aber siegte Otto v. Bismarck. Es ist nur wenigen Menschen gegeben, als Staatsmann **und** Feldherr groß zu sein. Herr von Hindenburg gehörte — leider — nicht zu diesen Auserwählten der Weltgeschichte. Das ist kein Vorwurf, sondern eine leidenschaftslose und nüchterne Feststellung. Mit seiner Personalpolitik hat Reichspräsident von Hindenburg auch überwiegend Mißerfolge gehabt. **Reichskanzler Dr. Brüning ist innen- und außenpolitisch der erfolgloseste Lenker der deutschen Politik seit dem März 1890.** Er zerbricht an den inneren Gegensätzen, die zwischen seinem Wollen und der Folgerichtigkeit seiner Parteitradition liegen. Er steht — das haben seine unglücklichen und für ihn peinlichen Ausfälle gegen die Nationalsozialisten Dr. Goebbels und Alfred Rosenberg gezeigt! — nicht über der Situation! Er unterlag im Reichstage trotz der Hilfe der Sozialdemokratie und der Wirtschaftspartei, deren Niveau doch auch unstritten ist! Auch die ungewöhnliche parteiische Geschäftsführung der Herren Löbe und Esser kann die Tatsache der schweren Niederlage nicht aus der Welt schaffen. **Aufwertungsgesetze, Republikschutzgesetze, Notverordnungen, Youngplan, Locarno, Kriegsgerätegesetz, Völkerbund, Genf, die unnennbare Not der deutschen Jugend und des deutschen Alters, das Elend der Bauern;** die Verzweiflung des Arbeiters, das Hinsterben der Wirtschaft, das Hinsiechen des Mittelstandes, das Versiegen der Geburtenkraft: das alles spricht gegen die siebenjährige Reichspolitik des Herrn von Hindenburg und seiner Kanzler.

Darum Schluß mit diesen Methoden!

Wählt Adolf Hitler!

Schluß mit dem 9. November!

Hitler wird gewählt!

Enteignen die Nazis?

Von seiten der Gegner der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird behauptet, die Führung der Partei plane nach der Machtübernahme in Deutschland eine

umfangreiche Enteignung

des noch vorhandenen Privatbesitzes, insbesondere der bäuerlichen Ländereien. Diese Darstellung ist

eine grobe Lüge

wie sie in Massen seit Jahren über die NSDAP. verbreitet wird.

Im Punkt 17 des Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem vom Eigentum handelt, heißt es:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation".

Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, hat bereits am 13. April 1928 gegenüber den verlogenen Auslegungen des oben erwähnten Punktes 17 des Programms der NSDAP. folgende parteiamtliche Feststellung getroffen:

„Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung", nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls, verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen.

Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdische Grundstücksspekulation".

Es ist also festzustellen:

Die NSDAP. steht grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums als der Quelle des Ansporns wirtschaftlichen und geistigen Schaffens sowie der Familienbildung als der Keimstelle und der Hauptstütze jedes geordneten Staatswesens. Sie hält aber im Gegensatz zu den verderblichen Grundsätzen des übernommenen römischen Grundsätzen Privateigentum nicht für an sich „heilig", sondern ist der Ansicht, daß jeder Besitz

Pflichten gegenüber der Gesamtheit

in sich schließt. Wo Besitz entartet, wo er dazu benutzt wird, auf dem Wege von Schiebungen, Wucher und Spekulation dem Volke Schaden zuzufügen, muß der Staat das Recht erhalten, einzugreifen.

Es ist einer der Hauptfehler des bisherigen Rechtssystems, daß der heutige Staat ein solches Recht nicht besitzt oder wo er es besäße, es gar nicht durchführen will. Nur dadurch waren die Zeiterscheinungen, wie die Fälle **Sklarz, Barmat, Kutisker und Sklarek** möglich, die dem schaffenden Volke **ungezählte Millionen** an Schaden zufügten.

Niemand soll sich dumm machen lassen! Jeder braucht nur um sich zu schauen.

Was haben denn die Gegner der NSDAP., die ihr heute verkappte kommunistische Enteignungsabsichten nachsagen, **selber** mit dem deutschen Volkseigentum gemacht?

Durch ihre

Erfüllungspolitik

haben sie über 30 Milliarden an Volkswerten auf dem Wege über die **Tributzahlungen** aus der deutschen Volkswirtschaft herausgepreßt und sie ausländischen Mächten, hauptsächlich dem **überstaatlichen Finanzkapital** überantwortet.

Durch die sinn- und planlos verbrecherische **Inflation** haben sie Millionen schaffender Deutscher um die Ersparnisse eines langen, fleißigen Lebens gebracht.

Erst in **jüngster** Zeit noch hat man tatenlos zugesehen, wie eine irrsinnige

Pump- und Wucherpolitik der Großbanken

der Volkswirtschaft und damit jedem einzelnen deutschen Staatsbürger Verluste zufügte, die in ihrer Gesamtheit in Milliarden-Höhe gehen.

Auch auf diesem Gebiete muß endlich **Schluß gemacht** werden mit einer unheilvollen Entwicklung. Die Parole des Nationalsozialismus lautet

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz"

Dieser Grundsatz muß nach **jeder** Richtung hin im Wirtschaftsleben verankert werden. Erst wenn das geschieht, hat es ein **Ende** mit der **Ausbeutung des Volksganzen** und des Einzelnen.

Darum noch einmal: Laßt Euch nicht dumm machen!

Helft alle mit, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihre Grundsätze in die Tat umsetzen kann. Gebt ihr die Macht, wählt

Adolf Hitler!

Geht rechtzeitig zur Wahl!

Aus Bremen Stadt und Staat

Zusammenstoß zwischen Auto und Motorrad vor Gericht. Am 8. August v. J. ereignete sich auf dem Osterdeich ein schwerer Verkehrsunfall, der ein Todesopfer forderte. Mit der Schuldfrage hatte sich nun das Schöffengericht zu beschäftigen. Angeklagt war der Kraftfahrer Giemsch, der mit einem Motorrad mit Beiwagen in der Richtung nach der Stadt fuhr. Auf dem Soziussitz saß sein Vetter. G. behauptete, mit sehr mäßiger Geschwindigkeit von etwa 22 Stdkilom. gefahren zu sein. Auf der anderen Seite fuhr ein Bauernwagen. Plötzlich will er gesehen haben, wie hinter diesem Wagen ein Auto herumfuhr und gleich darauf kam es zum Zusammenstoß. Der Fahrer des Autos, der Kaufmann Junge, behauptete, im Schritt den Bauernwagen überholt zu haben. Jeder von beiden hatte den Eindruck, als ob der andere durch eine unmotivierte Linkswendung den Unfall verschuldet hätte. Die Aussagen der Zeugen waren widerspruchsvoll. Von den Sachverständigen meinte der eine, daß das Verschulden beide treffe, das größere Verschulden liege aber bei G.; der andere Sachverständige verneinte die Schuld des Angeklagten. Aus den Gutachten der Sachverständigen ging hervor, daß eines der beiden Fahrzeuge ein bedeutend höheres Tempo gefahren habe, als angegeben. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte unter Zubilligung mildernder Umstände in weitestem Maße eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht erkannte entsprechend diesem Antrag.

Tierschutzverein. In der unterm Vorsitz von Pastor prim. Bode stattgehabten Hauptversammlung erstattete Herr Bielguth den Jahresbericht. Er gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Ehrenmitglieds Dr. A. Kühlmann und seiner reich gesegneten Tätigkeit. In den Vorstand sind neu eingetreten: Herr Rechtsanwalt Dr. Bodo Meier und Herr Joh. Hilken. Letzterer als Rechnungsführer. Die Zahl der Mitglieder ist nur unwesentlich gefallen. Die Hilfe des Vereins wurde in beinahe 1000 Fällen in Anspruch genommen. Hiervon entfallen 174 auf Pferde, 231 auf Hunde, 218 auf Katzen. Der Vereins-Tierarzt Dr. Maulhardt wurde in 12 Fällen zu Rate gezogen. An gerichtlich Strafen wurden 7 ausgesprochen und zwar Geldstrafen in Höhe von 5 bis 60 RM. und 2 Haftstrafen von 1 bzw. 2 Wochen. An Polizeistrafen in Höhe von 6 bis 60 RM. wurden 21 verhängt. Die Feuerwehr mußte mit den beiden Ambulanzwagen 49mal erkrankte oder verletzte Tiere befördern und in 32 Fällen mit Hebezeug oder anderen Gerätschaften der Feuerwehr Hilfe leisten. Die Hilfe wurde 71 Pferden und 10 Stück Hornvieh zuteil. An die Jugend wurden 2300 Tierschutzkalender verteilt, die öffentlichen Anlagen, Parks und Friedhöfe mit Vogelfutter versorgt und der Bürgerparkverwaltung wie alljährlich wieder 50 RM. überwiesen zur Beschaffung von Nisthöhlen. Der Unterrichtsverwaltung wurden Merkblätter überwiesen, um im Arbeitsunterricht Anregung zur Herstellung von Nistkästen zu geben. Die Tiertränke in der Düsternstraße wurde wiederhergestellt und eine Tötungsstelle für neugeborene Katzen eingerichtet. Ungefähr 100 junge Tiere wurden sachgemäß getötet. Der Vogelfreistätte Mellum wurde eine Beihilfe von 100 RM. gewährt, und ein Tierschutzverein in Verden von Bremen aus gegründet. In der Gründungsversammlung hielt Herr Dr. Weißenborn einen Vortrag über Tierschutzbestrebungen. Herr Fritz Müller erstattete Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe Vegesack, wo 17 Hunde und Katzen der Tötungsstelle überbracht wurden und in 23 Fällen von Tierquälereien eingeschritten werden mußte. Die Presse dort hat sich oft in den Dienst der guten Sache gestellt, gerade wie hier in Bremen, und auch die Behörden waren dort wie hier stets unterstützungsbereit. Herr Hilken erstattete den Kassenbericht, der Besonderheiten nicht aufwies. Der Verein wird nunmehr gerichtlich eingetragen und die Satzungen dementsprechend geändert. Die bevorstehende Gründung eines eigenen Tierheims wird von vielen Seiten freundlichst begrüßt.

Wohlfahrtsbriefmarken. Der Vertrieb derselben endet mit dem 31. März 1932, während die Gültigkeitsdauer mit dem 31. August 1932 abläuft. Um Irrtümern vorzubeugen, führen wir nachstehend die gesamten Werte der Wohlfahrtsbriefmarken 1931-32 auf: 6-Pfg.-Marke für Fernpostkarte, Verkauf 10 Pfg.; 8-Pfg.-Marke für Ortsbriefe, Verkauf 12 Pfg.; 12-Pfg.-Marke für Fernbriefe, Verkauf 15 Pfg.; 15-Pfg.-Marke für Ortsbriefe von 20—250 Gramm und Auslandspostkarten, Verkauf 20 Pfg.; 25-Pfg.-Marke für Fernbriefe von 20—250 Gramm und Auslandsbriefe, Verkauf 35 Pfg.; 50-Pfg.-Marke, Verkauf 90 Pfg. Erhältlich in sämtlichen durch Plakataushang kenntlich gemachten Geschäften und Langenstraße 35-37.

Bremer Viehmarktbericht. Auftrieb: Ochsen 48, Bullen 146, Kühe 150, Färsen 84, Kälber 352, Schafe 210. Lebend ausgeführt: Rinder 126, Kälber 13, Schafe 21. Unverkauft blieben: Rinder 10, Schafe 34. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kälber und Schafe mittel, prima Kälber über Notiz. Preise: Ochsen a 1) 35—37 (21), b 1) 30 bis 33), (12) c) 27—28 (15); Bullen a 33—34 (40), b) 28—32 (68), c) 24—27 (30); Kühe a) 25—26 (28), b) 21—24 (45), c) 17—20 (40), d) 13—16 (32); Färsen a) 34—35 (25), b) 29—33 (39), c) 22—28 (20); Kälber b) 40—42 (140), c) 35—39 (68), d) 28—34 (74) e) 20—27 (70); Schafe a 1) (38—39 (73), b) 33—37 (32), c) 25—30 (70). Fleischmarkt: Geschlachtet eingeführt: Rinder 63, davon 15 dän., Kälber 81, Schafe 16. Schweine 173. Geschäftsverlauf: langsam. Preise: Rindfleisch a) 54—58, b) 47—53, c) 30—46: Kalbfleisch a) 70—75. b) 63—70, c) 35—62: Schaffleisch a) 76—80, b) 70—75, c) 40—69; Schweinefleisch a) 50—53, b)45—49, c) 30—44.

Wahlalter 20 Jahre.

Es wird darauf hingewiesen, daß jeder Deutsche, beiderlei Geschlechts, mit vollendetem 20. Lebensjahr wahlberechtigt ist.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba 1 6.65 unverzollt. Gerste: Donau 5.35 unverzollt, La Plata 5,40 unverzollt, Russen 5,40 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56 Kilogr. 9,60. Mais: La Plata 8.65 verzollt, Donau Galfox 7,90 ver, zollt. Tendenz: fest.

Waih geschrien

Auf dem Leipziger Platz, dem größten Verkehrspunkt der Reichshauptstadt, ist zu beiden Seiten auf städtischem Gelände ein Riesenplakat angebracht. Der Hindenburg-Ausschuß wirbt hier für die Wahl; in den Abendstunden werden die beiden Plakate mit grellen Scheinwerfern beleuchtet. Wir wundern uns nicht darüber, daß hier die Mittel der Allgemeinheit in den Dienst einer Parteienkandidatur gestellt werden, obwohl Hindenburg als Präsidentschaftskandidat keine Bevorzugung vor den anderen beanspruchen kann.

Nun läuft über einem Hause auf dem anschließenden Potsdamer Platz im Rahmen der Lichtreklame eine Propaganda für die Wahl Hitlers. Eine Privatgesellschaft hat den Betrieb der Lichtreklame von der Stadt, der Besitzerin des fraglichen Hauses, gegen gute Bezahlung gepachtet, und die Fläche wiederum gegen Bezahlung der nationalsozialistischen Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt. Also eine durchaus normale Angelegenheit, die jedoch ganz Jerusalem aus dem Häuschen gebracht hat. So berichtet das Jerusalemer Tageblatt unter der Ueberschrift **„Großer Unfug“, daß die „zuständigen städtischen Stellen dieser vertragswidrigen Reklame“ ein Ende machen müßten.** Die Herrschaften müssen die H.... doch gestrichen voll haben, wenn schon die reine Propaganda für Hitler solche Entrüstungsstürme hervorruft. Nächstens wird man noch das Anbringen von Plakaten und die Vermietung städtischer Säle zu Versammlungen verbieten wollen. An der Volkswahl Hitlers wird das auch nichts ändern können!

Zweierlei Wahlfreiheit

Die Gazetten des Parteiensystems machen in Demokratie, die während des Wahlkampfes wiedergeboren werden soll. Nach einem Erlaß des preußischen Innenministers soll niemand anders als die Polizei diese „Wahlfreiheit“ sichern. In nicht geringem Mißklang zur schönen Theorie steht die Praxis des marxistischen Berliner Polizeipräsidenten, der einen Aufmarsch der Berliner SA. im Westen der Stadt verboten hat. Begründung ist unnötig, trotz Wahlfreiheit und Erlassen! Zur gleichen Zeit, in der ein Propagandamarsch von 2000 SA.-Leuten in Wilmersdorf verboten wird, demonstriert die KPD. im Lustgarten. Die gleichen roten Fahnen, mit denen am Sonntag für Hindenburgs Wiederwahl Propaganda gemacht wurde, wehen diesmal für Thälmann, die gleichen Melodien, Internationale und Marseillaise erschallen für den bolschewistischen Reitergeneral. — Trotz allem war der „Massenaufmarsch“ der KPD. im Lustgarten eine Blamage, wie der sonntägliche Appell der „eisernen“ Brüder. Nicht einmal das Wetter war den Teddyleuten gnädig; der Schnee legte sich hindernd auf die Trompeten und Schalmeien wie auf die Kehle der Porpagandaredner.

Nazionalsozialisten vogelfrei?

Der Kommandeur der Altonaer Schutzpolizei hat einen ungeheuerlichen Erlaß herausgegeben, nach welchem die unterstellten Dienststellen aufgefordert werden, „Angehörige radikaler Parteien nicht auf staatseigenen Wagen zu befördern“. — Diese Anweisung muß festgehalten werden. Anlaß zu der Verfügung bot folgender Vorfall: Zwei SA.-Männer wurden kürzlich von Reichsbannerleuten niedergeschlagen; das Überfallkommando kam dazu und nahm sie in Schutzhaft auf den Wagen, um die Ueberfallenen nach 100 Metern wieder abzusetzen. Das ist selbstverständliche Pflicht der Polizei, die durch den gekennzeichneten Erlaß verboten werden soll. Man will die überfallenen Nationalsozialisten ihrem Schicksal überlassen. Sind die SA.-kameraden etwa vogelfrei? Nicht lange mehr!

Der Mörder des SA.-Mannes Ludwig überführt.

Berlin, 8. März. Der Mordkommission der Politischen Polizei ist es gelungen, den 31-jährigen früheren Angehörigen des Roten Frontkämpfer-Bundes Hugo Schwarz als Mörder des am Sonntagmorgen in der Choriner Straße erschossenen Nationalsozialisten Otto Ludwig festzustellen. Schwarz gilt nach Mitteilung der Polizei durch die Zeugenaussagen als überführt.

Lügen, die sich selbst entlarven.

München, 7. März. In gewissen Kreisen der Burschenschaften werden Gerüchte verbreitet, daß der Führer beabsichtige, die studentischen Korporationen aufzulösen, wenn der Nationalsozialismus an der Macht ist. Das System sieht wohl auch diese handgreifliche Lüge als „geschickte“ Wahlmache an, um die Burschenschaften für eine Stellungnahme gegen den Kandidaten der Freiheitsbewegung aufzuhetzen und die nationale Studentenschaft in einen Gewissenskonflikt zu treiben, der dem künftigen Reichspräsidenten Stimmen abjagen, darüber hinaus auch den Bestand des Waffenstudententums gefährden soll. Die Hintergründe dieser neuesten Wahlquertreiberei liegen zu offen da, als daß jemand auf sie hereinfallen könnte.

Aus aller Welt

Die Suche nach dem Lindbergh-Baby

Newyork, 9. März. Im Verlaufe ihrer Nachforschungen nach den Entführern des Lindbergh-Babys hat die Polizei bisher lediglich die Herkunft der Leiter ermittelt, auf der die Entführer in die Wohnung einstiegen. Sie stammt aus einer Neubaukolonie, die 10 Kilometer von dem Tatort entfernt liegt. — In der Erkenntnis ihrer Hilflosigkeit hat die Polizei jetzt die Besitzung Lindberghs geräumt und das Telephon freigegeben, um die Verhandlungen zu erleichtern. Lindbergh hat durch Mittelspersonen Verhandlungen mit den Entführern aufgenommen und empfing den ganzen Tag über geheimnisvolle Besuche.

Die Schwiegermutter entführt

Halle, 8. März. Bei einem Bäckermeister in Dederstedt (Mansfelder Seekreis) erschienen am Montag nachmittag vier Verwandte, zwei Männer und zwei Frauen, zusammen mit einem Unbekannten und verlangten in großer Erregung die 83jährige Schwiegermutter des Bäckermeisters zu sprechen. Als dieser ihnen dies wegen früherer Familienstreitigkeiten nur unter der Bedingung gestattete, daß sie von der Straße aus durch ein Fenster mit seiner Schwiegermutter sprachen, sprangen plötzlich die drei Männer über den Labentisch und gingen gegen den Bäckermeister tätlich vor. Die beiden Frauen begaben sich schnell in das Schlafzimmer, wo die Greisin zu Bett lag und schleppten sie in einen bereitstehenden Kraftwagen. Der Bäckermeister, der seiner Schwiegermutter zu Hilfe eilen wollte, wurde von den drei Männern gewaltsam zurückgehalten und bedroht. Die Greisin wurde entführt. Der Grund zur Tat soll darin liegen, daß sie den Bäckermeister in ihrem Testament bevorzugt haben soll.

Der erste Gatte Lia de Puttys erschießt sich.

Budapest, 8. März. Am Dienstag hat sich in einem kleinen Hotel der 45jährige oberungarische Stuhlrichter Eduard Szepessy erschossen. Er war der erste Gatte der aus Ungarn stammenden vielgenannten und kürzlich in Amerika verstorbenen Filmschauspielerin Lia de Putty, die Szepessy als 16jähriges Mädchen heiratete. Nach fünfjähriger Ehe, der zwei Mädchen entsprossen, verließ ihn die Frau, ließ sich als Schauspielerin ausbilden und machte dann bekanntlich eine große Karriere beim Film. Szepessy widmete sich ganz der Erziehung der beiden Töchter, war aber seither gemütskrank und ergab sich dem Trunke, was nun zum Schuß der Tragödie führte. Den Kindern fällt ein größerer Grundbesitz zu.

Letzte Meldungen

Dr. Goebbels zur Präsidentenwahl

Berlin, 8. März. Die NSDAP. veranstaltete am Dienstag abend im Zirkus Busch und in den Tennishallen in Wilmersdorf Massenkundgebungen, auf denen der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels zu dem Thema: „Schluß jetzt — Hitler wird doch gewählt“ sprach. Er erklärte u. a., die Nationalsozialisten hätten Hitler als Kandidaten aufgestellt, weil man wisse, daß am 13. März die letzte Schlacht geschlagen werde. Auf die nationalen Parteien lege man keinen Wert und das **Volk werde entscheiden über die Sonderberechtigung der Sonderkandidatur.** Ueber die Behauptung, die NSDAP. sei romhörig, könne man nur lächeln. Wenn der Innenminister nach den Zielen der Nationalsozialisten frage, so möge er sich an die 15 Millionen Wähler Hitlers wenden, um deren Antwort zu hören. Nach dem 13. März werde man in der Bendlerstraße wissen, was die Nationalsozialisten zu tun gedächten.

Adolf Hitler in Stuttgart

Stuttgart, 8. März. Am Dienstagabend sprach Adolf Hitler in der Stadthalle, die infolge des überaus starken Andranges bereits um 7.30 Uhr gesperrt werden mußte. Gleichzeitig waren zwei Zelte bereitgestellt, in die die Rede übertragen wurde, sodaß die Gesamtbesucherzahl mit 15 000 nicht zu hoch genommen sein dürfte.

Nach einer Einführungsrede von Gauleiter Abgeordneten Murr, der bekanntgab, Adolf Hitler könne infolge einer durch Schneeverwehungen entstandenen Automobilpanne erst später eintreffen, sprachen der SA.-Führer von Jagow und Hauptmann Goering. Um 10.30 Uhr kam dann Adolf Hitler an, von der Menge stürmisch begrüßt. Vor 13 Jahren, so führte Hitler u. a. aus, habe das jetzige System das alte Reich zerschlagen und die Macht an sich gerissen. Das alte Reich sei geachtet, vielleicht gefürchtet gewesen, aber es habe eine relative Größe und eine relative Macht besessen. 13 Jahre seien eine lange Zeit für die Bewährungsfrist eines Systems. Bezüglich des Briefes des Reichsinnenministers Groener führte Hitler u. a. aus: „Am 13. März wird über Ihr Programm, Herr Minister zu Gericht gesessen. Das deutsche Volk hat 13 Jahre lang gelitten und nun zieht es die Folgerungen. Es kann keine gesunde Wirtschaft geben, wenn ein Volk keine Nation mehr sein will. Herr Groener, unser positives Programm ist unsere positive Bewegung. Heute sind wir die öffentlichen Ankläger geworden und fordern am 13. März dieses System in die Schranken des Gerichts. Ihr, Zentrum und Sozialdemokratie, Ihr sollt uns nicht mehr um die Zukunft bringen. **Wir sind entschlossen, Deutschland von den Parteiverbrechen frei zu machen.**“ Am 13. März möge jeder nach seinem Gewissen handeln. Er, Adolf Hitler, bettele nicht um die Stimmen der Wähler. Diese Wahl sei nur ein Mittel zum Zweck. Aus den Leichen der Wahl solle sich das deutsche Volk erheben. **Am 13. März sei die Wahl und am 14. März gehe der Kampf weiter.**

Amtlicher Wetterbericht

Das gestern nach Südosten gezogene Tiefdruckgebiet ist nach Rußland abgewandert. Ein schwacher Rest hat sich noch über Nordmeer und Nordsee erhalten, er wird aber voraussichtlich bald von dem auf Skandinavien und dem Nordwesten unseres Erdteiles südwärts sich ausbreitenden hohen Druck verdrängt werden. Gegen den Kanal bewegt sich ein neues Teilgebiet heran und wird Anschluß an die westlichen Randbildungen des nach Osten abgewanderten Tiefs erreichen. Die Wetterlage wird zunächst von dem nordöstlichen Hochdruckgebiet bestimmt werden.

Voraussage für den 10. März: Mäßige bis frische Nordwestwinde, vorwiegend bedeckt, Schneefälle, leichter bis mäßiger Frost, Küstenstrich tags milder.

Aussichten für den 11. März. Voraussichtlich bei Winden östlicher Richtungen wenig Aenderung der bestehenden Witterung.

Jeder Parteigenosse

ist in diesen Tagen verpflichtet, sein Blatt

zu Propagandazwecken weiterzugeben!

Wilhelm Kube, Mitglied des Preußischen Landtages

Wir wählen Hitler!

Der 26. Februar 1932 wird in der Geschichte des deutschen Volkes noch in fernen Zeiten als ein Ehrentag genannt werden. An diesem Tage erwarb Adolf Hitler durch Ernennung zum braunschweigischen Beamten die deutsche Staatszugehörigkeit! Vergeblich hatten die nationalen Massen Jahre hindurch darauf gewartet, daß der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, gemeinsam mit dem Chef des Kabinetts der Frontsoldaten, wie Herr Dr. Brüning sein Kabinett gern nennen läßt, dem mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichneten Frontsoldaten Adolf Hitler freiwillig die deutsche Staatszugehörigkeit verleihen würde. Millionen der besten Deutschen erschien es unfaßbar, daß ein Mann deutschen Blutes fast 4½ Jahre hindurch in der deutschen Armee kämpfen und bluten dürfe, daß man ihm aber trotz seiner immer wieder bewiesenen deutschen Zugehörigkeit zum deutschen Volksverbande, die Staatsangehörigkeit einfach verweigerte. Nun ist das Verhalten der braunschweigischen Regierung dieser Zustand beendigt und Adolf Hitler ist in den vollen Besitz aller staatsbürgerlichen Rechte getreten!

Die demokratische und die sozialdemokratische Presse wetteiferten im Bunde mit dem volklichen Zentrum, Adolf Hitler weiter zu verunglimpfen. Eine Gipfelleistung auf diesem Gebiete stellt ein niederträchtiges gereimtes Machwerk dar, das der sozialdemokratische „Vorwärts" am 27. Februar veröffentlicht hat. Die preußischen Behörden haben trotz der Notverordnung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Schutze der persönlichen Ehre für die politischen Leben stehende Persönlichkeiten bis zum 28. Februar keinen Anlaß gesehen, gegen die bodenlose Gemeinheit des sozialdemokratischen Hauptorgans einzuschreiten.

Der 13. März 1932 gibt jedem Deutschen endlich Gelegenheit, die Rechtsgleichheit in Deutschland wieder herzustellen. Einstimmig hat der Reichstag in seiner letzten Sitzung diesen Wahltermin für die Reichspräsidentenwahl festgelegt.

Vier Bewerber

sind bisher für den kommenden Wahlgang von den verschiedenen politischen Richtungen genannt worden: Adolf Hitler für den Nationalsozialismus — Paul von Hindenburg für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Deutsche Staatspartei und einige andere kleine Parteien der bürgerlichen Mitte — Herr Thälmann für die Kommunisten und die abgesplitterten linken Kreise der Sozialdemokratie und Herr Düsterberg für die Deutschnationale Volkspartei und die Leitung des Stahlhelmbundes. Trotz der „Front Harzburg" haben es die Deutschnationalen für richtig gehalten, eine von vornherein praktisch wertlose Splitterkandidatur aufzustellen, die von der „Scherlpresse", (die fette Juden-Anzeigen aufzunehmen pflegt!) mit aufdringlichem Tamtam angepriesen wird. Dabei entfacht besonders der Doktteur Hussong einen hemmungslosen Haß- und Hetzfeldzug gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei und vornehmlich gegen unsere Reichstagsfraktion. Wir können uns nach den von Herrn Hussong und seinem Mitarbeiterstab bisher gelieferten Kostproben noch auf allerhand von Seiten der Reaktion gefaßt machen. **Besonders in den östlichen Provinzen Preußens setzt seit einigen Wochen ein rücksichtsloser Unternehmerterror der Deutschnationalen gegen nationalsozialistische Arbeitnehmer ein. Unvergessen bleibt das deutschnationale Kampfruf von Gleissen in der Ostmark: Hitler verrecke!!** Unvergessen bleibt weiter der „vertrauliche Rundbrief" des deutschnationalen Landesverbandsvorsitzenden für Mittelschlesien, des Freiherrn von Sauerma, an die deutschnationalen Großgrundbesitzer, der zur Brotlosmachung nationalsozialistischer Gutsbeamter und Landarbeiter aufforderte. In ähnlicher Richtung liegt das Verhalten deutschnationaler Kreise im Bezirk **Königsberg in der Neumark**, besonders des deutschnationalen Druckereiunternehmers in Neudamm.

Wir Nationalsozialisten stehen also auch in diesem Kampf wieder allein und sind völlig auf uns angewiesen.

Und das ist gut so!

Wir haben gegenüber den frechen Lügen der Marxisten eine weit bessere Stellung, als wenn die Deutschnationalen und die irregeleitete Richtung des Stahlhelms die Harzburger Front nicht zersplittert hätten. Wir wundern uns nur, daß so kluge Männer wie Franz Seldte und Rittmeister v. Morosowicz dem Ehrgeiz des 2. Bundesführers des Stahlhelms nachgegeben haben. Der Stahlhelm, der Jahre hindurch seine parteipolitische Unabhängigkeit bewahrt hat, ist durch die Kandidatur Düsterberg die **Parteigruppe der Deutschnationalen Volkspartei** geworden, die noch 1927 gemeinsam mit der Sozialdemokratie einheitlich das Republikschutzgesetz — doch auch gegen die Stahlhelmwünsche?! — verlängert hat. Wir wissen, daß zahllose Stahlhelmer diese parteipolitische Schwenkung ihrer Bundesleitung nicht mitmachen und daß der Gefreite des Weltkrieges Adolf Hitler zahlreiche Stahlhelmstimmen erhalten wird, weil diese Stahlhelmer 1925 und 1927/28 das völlige Versagen der Deutschnationalen in zwei Reichskabinetten erlebt haben.

Reichspräsident von Hindenburg ist Ehrenmitglied des Stahlhelms und Kandidat des Zentrums und auch der Sozialdemokratie. Einmütig fordern **Herr Dr. Sahm, Herr Ditt-**

deutschen Führer Adolf Hitler! Ohne Hitlers Kampf hätte Thälmann dank der Notverordnungspolitik des Herrn Dr. Brüning Aussicht auf den Sieg. Der Nationale Sozialismus aber hat in der Seele der Arbeiter der Stirn und der Faust, der Jugend und der Bauern den Marxismus besiegt und überwunden. Gewiß wird Thälmann auch aus den Reihen der Sozialdemokratie starken Zulauf erhalten. Selbst die Kerntruppe der Hindenburg-Kandidatur, das Reichsbanner, wird nicht alle „Eisernen" für den Kgl. Preußischen Generalfeldmarschall trotz jahrelanger Zusammenarbeit an die Wahlurne kommandieren können. Die Parole:

„Reichsbannerkameraden! Wählt das Ehrenmitglied des Stahlhelms!"

hat nicht unbedingt für alle eine zwingende Kraft. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie für Herrn von Hindenburg enthüllt den politischen Zusammenbruch der Sozialdemokratie **aus dem Mannschaftsstande** entscheidet sich die Sozialdemokratie aus hemmungsloser Angst vor dem Erwachen, vor dem Aufbruch der Nation, für den Generalfeldmarschall den ihre Parteigenossen noch 1925 niederträchtig geschmäht und verhöhnt haben. 1918 rissen auch sozialdemokratische Massen den Offizieren die Achselstücke und die Ehrenzeichen herunter, 1918 beteiligten sich führende Sozialdemokraten am Munitionsarbeiterstreik, durch den allein Deutschland den Krieg verlor, und 1932 gibt

Schluß mit dem 9. November!

Hitler wird gewählt!

sich die Sozialdemokratie **vor der Schlacht verloren!** Alle tönenden und drohenden Worte der Herren von der „Eisernen Front" können über die brutale Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß sich die Sozialdemokratie nicht mehr getraut, einen eigenen Reichspräsidentschaftskandidaten aufzustellen. Und dabei besitzt sie doch zum mindesten in Preußen in Männern wie Braun und Severing Persönlichkeiten, die Herrn Thälmann hoch überlegen sind. Noch am 14. September 1930 lag die SPD. mit mehr als 2 Millionen Stimmen Plus vor uns Nationalsozialisten. Jetzt zieht sie geschlagen schon vor dem Kampfe heim. Das **Zentrum hat die SPD. fürchterlich geleimt und eingeseift!** Denn Herr v. Hindenburg ist der Kandidat Dr. Brünings, nicht Dr. h. c. Brauns und Dr. h. c. Karl Severings! Otto Braun und Karl Severing dürfen Herrn v. Hindenburg wählen! Weiter nichts! Herr von Hindenburg identifiziert sich mit der Regierungsweise Dr. Brünings, an dessen Notverordnungspolitik er eisern festhält. Das schwarz-rote Preußen ist durch die erfolglose Politik der SPD. ins zweite Treffen geraten. Und selbst wenn Herr von Hindenburg wider alle Erwartung in den zweiten Wahlgang am 10. April 1932 käme, selbst wenn er diesen Wahlgang mit der Einheitsfront von Düsterberg bis Thälmann gegen den Nationalsozialismus gewänne; **am 8. Mai 1932 vollendet sich das Schicksal der Sozialdemokratie bei den preußischen Landtagswahlen dennoch!** Dann ist's vorbei mit aller Novemberherrlichkeit! Dann spricht das tief enttäuschte, in seinem Innersten durch Zentrum und Sozialdemokratie verwundete und verletzte Preußenvolk. Dann kommt die Synthese von Potsdam und Nationalsozialismus zu herrlicher, siegreicher Entfaltung!

Die Hauptentscheidung fällt schon am 13. März

1932, wenn jeder und jede Deutsche an diesem Tage ihre Pflicht und Schuldigkeit für die Freiheit und für die Auferstehung des deutschen Volkes unter Ablehnung jeder Zersplitterung **durch die Wahl Adolf Hitlers zum Reichspräsidenten** tun.

Wir bekämpfen die Politik des Reichspräsidenten von Hindenburg, nicht den Sieger von Tannenberg. Moltke siegte bei Königgrätz und Sedan, in der Reichspolitik aber siegte Otto v. Bismarck. Es ist nur wenigen Menschen gegeben, als Staatsmann **und** Feldherr groß zu sein. Herr von Hindenburg gehörte — leider — nicht zu diesen Auserwählten der Weltgeschichte. Das ist kein Vorwurf, sondern eine leidenschaftslose und nüchterne Feststellung. Mit seiner Personalpolitik hat Reichspräsident von Hindenburg auch überwiegend Mißerfolge gehabt. **Reichskanzler Dr. Brüning ist innen- und außenpolitisch der erfolgloseste Lenker der deutschen Politik** seit **dem März 1890.** Er zerbricht an den inneren Gegensätzen, die zwischen seinem Wollen und der Folgerichtigkeit seiner Parteitradition liegen. Er steht — das haben seine unglücklichen und für ihn peinlichen Ausfälle gegen die Nationalsozialisten Dr. Goebbels und Alfred Rosenberg gezeigt! — nicht über der Situation! Er unterlag im Reichstage trotz der Hilfe der Sozialdemokratie und der Wirtschaftspartei, deren Niveau doch auch umstritten ist! Auch die ungewöhnliche parteiische Geschäftsführung der Herren Löbe und Esser kann die Tatsache der schweren Niederlage nicht aus der Welt schaffen. **Aufwertungsgesetze, Republikschutzgesetze, Notverordnungen, Youngplan, Locarno, Kriegsgerätegesetz, Völkerbund, Genf, die unnennbare Not der deutschen Jugend und des deutschen Alters, das Elend der Bauern; die Verzweiflung des Arbeiters, das Hinsterben der Wirtschaft, das Hinsiechen des Mittelstandes, das Versiegen der Geburtenkraft: das alles spricht gegen die siebenjährige Reichspolitik des Herrn von Hindenburg und seiner Kanzler.**

Darum Schluß mit diesen Methoden!

Wählt Adolf Hitler!

Enteignen die Nazis?

Von seiten der Gegner der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird behauptet, die Führung der Partei plane nach der Machtübernahme in Deutschland eine

umfangreiche Enteignung

des noch vorhandenen Privatbesitzes, insbesondere der bäuerlichen Ländereien. Diese Darstellung ist

eine grobe Lüge

wie sie in Massen seit Jahren über die NSDAP. verbreitet wird.

Im Punkt 17 des Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem vom Eigentum handelt, heißt es:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation".

Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, hat bereits am 13. April 1928 gegenüber den verlogenen Auslegungen des oben erwähnten Punktes 17 des Programms der NSDAP. folgende parteiamtliche Feststellung getroffen:

„Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung", nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls, verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen.

Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdische Grundstücksspekulation".

Es ist also festzustellen:

Die NSDAP. steht grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums als der Quelle des Ansporns wirtschaftlichen und geistigen Schaffens sowie der Familienbildung als der Keimstelle und der Hauptstütze jedes geordneten Staatswesens. Sie hält aber im Gegensatz zu den verderblichen Grundsätzen des übernommenen römischen Grundsätzen Privateigentum nicht für an sich „heilig", sondern ist der Ansicht, daß jeder Besitz

Pflichten gegenüber der Gesamtheit

in sich schließt. Wo Besitz entartet, wo er dazu benutzt wird, auf dem Wege von Schiebungen, Wucher und Spekulation dem Volke Schaden zuzufügen, muß der Staat das Recht erhalten, einzugreifen.

Es ist einer der Hauptfehler des bisherigen Rechtssystems, daß der heutige Staat ein solches Recht nicht besitzt oder wo er es besäße, es gar nicht durchführen will. Nur dadurch waren die Zeiterscheinungen, wie die Fälle **Sklarz, Barmat, Kutisker und Sklarek** möglich, die dem schaffenden Volke **ungezählte Millionen** an Schaden zufügten.

Niemand soll sich dumm machen lassen! Jeder braucht nur nur sich zu schauen.

Was haben denn die Gegner der NSDAP., die ihr heute verkappte kommunistische Enteignungsabsichten nachsagen, **selber** mit dem deutschen Volkseigentum gemacht?

Durch ihre

Erfüllungspolitik

haben sie über 30 Milliarden an Volkswerten auf dem Wege über die **Tributzahlungen** aus der deutschen Volkswirtschaft herausgepreßt und sie ausländischen Mächten, hauptsächlich dem **überstaatlichen Finanzkapital** überantwortet.

Durch die sinn- und planlos verbrecherische **Inflation** haben sie Millionen schaffender Deutscher um die Erparnisse eines langen, fleißigen Lebens gebracht.

Erst in **jüngster** Zeit noch hat man tatenlos zugesehen, wie eine irrsinnige

Pump- und Bucherpolitik der Großbanken

der Volkswirtschaft und damit jedem einzelnen deutschen Staatsbürger Verluste zufügte, die in ihrer Gesamtheit in Milliarden-Höhe gehen.

Auch auf diesem Gebiete muß endlich **Schluß gemacht** werden mit einer unheilvollen Entwicklung. Die Parole des Nationalsozialismus lautet

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz"

Dieser Grundsatz muß nach **jeder** Richtung hin im Wirtschaftsleben verankert werden. Erst wenn das geschieht, hat es ein Ende mit der **Ausbeutung des Volksganzen** und des Einzelnen.

Darum noch einmal: Laßt Euch nicht dumm machen!

Helft alle mit, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihre Grundsätze in die Tat umsetzen kann. Gebt ihr die Macht, wählt

Adolf Hitler!

---

mann und Herr Dr. Brüning zur Wiederwahl des Herrn von Hindenburg auf.

Die Einheitlichkeit der politischen Linienführung vom Ehrenmitglied bis zum letzten Jungstahlhelmer scheint mir im Stahlhelm nicht gerade glücklich gewahrt zu sein.

Die Kandidatur des in seinen politischen Entschlüssen von Moskau abhängigen russischen Obersten und Regimentsinhabers Thälmann ist ebenfalls von vorherein zum Scheitern verurteilt. **Nie wird das deutsche Volk kommunistisch werden.** Und das denkt es allein dem tischen Partei. 13 Jahre nach dem 9. Nov. 1918, 13 Jahre nach den Nationalversammlungswahlen vom Januar 1919, 7 Jahre nach Friedrich Eberts Tode wagt die Sozialdemokratie in Deutschland nicht mehr, einen parteieigenen Wahlbewerber aufzustellen! Noch 1925 ging diese Partei mit ihrem besten Mann, dem Preußischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Otto Braun wenigstens in den ersten Wahlgang. **Die Führung innerhalb des Marxismus ist der SPD. unwiderbringlich verloren gegangen!** Und bei der Wahl zwischen einem Oberstleutnant, einem adeligen Generalfeldmarschall und einem Staatsmanne

Geht rechtzeitig zur Wahl!

Volk und Wirtschaft

Wirtschaftspartei als Giftnudel

Engstirnige Hetze gegen das erwachende Deutschland

Daß Spießbürger dem Marxismus Handlangerdienste leisten, sind wir gewöhnt. Wenn aber die „Wirtschaftspartei, die mit Vorliebe für sich das Prädikat „national" in Anspruch nimmt, gegen den Nationalsozialismus einen giftigen Vorstoß unternimmt, wie er aus Moskau nicht gehässiger kommen könnte, so muß sie um der Aufklärung willen an den Pranger gestellt werden. Die Ausführungen über die 25 Punkte der NSDAP. in Nr. 3, erste Februar-Ausgabe 1932 der „Mittelstands-Zeitung" bilden einen Tiefstand politischen Kampfes, wie er nur durch die Angst und Verbohrtheit wirtschaftsparteilicher Kreise erklärt werden kann. Zunächst wird durch eine „amerikanisch anmutende Reklame, durch ein aufs Politische übertragenes Landsknechtstum rauhester Art" der Erfolg unserer Bewegung begründet, unsere „wirtschaftliche Methodik" aber mit dem Ausdruck „von einer beschämenden Kindlichkeit" abgetan. Bezeichnend für die Einstellung der Wirtschaftspartei ist schon die fett gedruckte Frage: „Was kann das Parteiprogramm der NSDAP. dem Bürgertum bieten?" Ja, sie wird es nie begreifen können, daß Deutschlands Aufstieg nur möglich sein kann, wenn die Spaltung in Bürger und Proletarier durch die Idee des deutschen Arbeitertums überwunden wird! Daß aber mit der Frage „Hitler will Versailler Vertrag hinnehmen?" und den anschließenden Betrachtungen, die unseren Kampf gegen den Schandfrieden als „Phrase" empfinden lassen wollen, geradezu eine politische Perversität ausgesprochen wird, bedarf weiteren Beweises nicht. Ganz ungeheuerlich ist auch die Auslegung von Punkt 7 unseres Programmes: Wir fordern, daß der Staat sich verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Daraus folgert die Wirtschaftspartei ungeheuerlicherweise, daß wir den übelberufenen Versorgungsstaat, in dem also nicht der einzelne durch eigene Arbeit und Tüchtigkeit vorwärts zu kommen sucht, erstreben würden. Kann es eine größere Verdrehung geben? Schon unser Name Arbeiterpartei widerlegt die unsinnige Unterschiebung. Im übrigen wirft uns die Wirtschaftspartei noch „von den marxistischen Sozialisten übernommene Gleichmacherei" vor. Daß auch Punkt 17 unseres Programms in der üblichen Weise wieder herhalten muß, um uns, „eigentumsfeindliche Einstellung" nachzuweisen, kann nicht sonderlich wundernehmen, da die betreffende Zeitungsnummer wohl die Aufgabe hatte, summarisch allen Unsinn zusammenzustellen, der wirtschaftlich gegen die NSDAP. schon aufgetaucht ist. Unter der Teilüberschrift: „Das mittelständische Programm der Nationalsozialisten: Terror, Enteignung, Existenzuntergrabung, Vernichtung" soll dann insbesondere noch dem Mittelstand vor der Hitler-Bewegung Angst gemacht werden, wobei natürlich auch das Boxheimer Dokument nicht fehlt.

Die Interessentenkreise der Wirtschaftspartei werden sehen, daß keine Verleumdung unserer Bewegung ihr eigenes politisches Ende aufhalten kann. Mag die Wirtschaftspartei nur versuchen, in einem Museum für abgewirtschaftete Parteien neben der Staatspartei einen schönen Platz zu bekommen! Die Zukunft gehört uns.

Jeder Mittelständler wählt am 13. März Adolf Hitler!

Sie müssen wissen

daß der aussichtslose deutschnationale Splitter-Kandidat Duesterberg mit dem Kampf gegen die Warenhäuser und Konsumvereine krebsen geht —

daß aber in der deutschnationalen Scherl- und Provinz-Presse seitenlange Anzeigen der jüdisch-großkapitalistischen Warenhäuser erscheinen!

Daß die deutschnationalen Duesterberg-Propagandisten sich als Verkörperung preußisch-nordischen Wesens aufspielen —

daß aber die deutschnational-Hugenbergische Scherlpresse z. Teil von Juden geschrieben wird. Im Scherl-Verlag schreiben mehr Juden als bei Ullstein und Mosse! Der Chefredakteur des Hugenbergischen Lokalanzeigers heißt Dr. Breslauer!

Daß die Duesterberge mit ihrer völkischen Gesinnung hausieren gehen —

daß aber noch im Jahre 1928 die Stahlhelm-Leitung offiziell erklären ließ, sie hätte keinen Grund, an der nationalen Zuverlässigkeit ihrer in den internationalen Freimaurer-Logen organisierten Mitglieder zu zweifeln! Womit sie den völkischen Stahlhelmern in's Gesicht schlug!

Daß im „Vorwärts" und anderen galizischen SPD.-Organen geschrieben wird: „Schlagt Hitler" —

daß aber noch in keiner System-Gazette zu lesen war: „Schlagt Duesterberg!"

Das müssen Sie wissen, um zu der einzig möglichen Ueberzeugung zu kommen: Keine Stimme dieser zersplitternden Eigenbrödler-Kandidatur!

Jede Stimme dem vom derzeitigen System am meisten gehaßten und gefürchteten Frontsoldaten

Adolf Hitler!

Hindenburg gibt kund!

Am 13. März 1930

kurz nach der Unterzeichnung des Youngplanes, dessen Folgen uns heute ins Verderben geführt haben, genau wie wir Nationalsozialisten vorausgesagt haben, richtete Herr v. Hindenburg eine Kundgebung an das deutsche Volk, in der es hieß:

„Schweren, aber festen Herzens habe ich nach . . .

gewissenhafter Prüfung

die Younggesetze mit meinem Namen unterschrieben . . . In einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl

meiner Verantwortung

nicht entschließen . . . Ich habe . . . gelernt, stets ohne Rücksicht auf meine Person

meine Pflicht

. . . zu tun. Ich glaube zuversichtlich, daß der nunmehr eingeschlagene Weg die

langersehnte Freiheit

und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt . . . Ich fordere hiermit . . . alle Deutschen auf, sich über die Grenzen der Partei hinaus, die

Hände zu reichen . . . .

Wir müssen wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles!

gez. v. Hindenburg."

Zum 13. März 1932

dem Tage, an dem sich Hindenburg zur Wiederwahl stellen will, angereizt von der falschen Vorspiegelung des Sahm-Ausschusses, das deutsche Volk fordere seine Kandidatur, gab Herr v. Hindenburg eine neue Kundgebung heraus:

„Nach

ernster Prüfung

habe ich mich im Bewußtsein

meiner Verantwortung

für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen.

Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereiterklärung

eine Pflicht

erblicken. Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um diesem nach außen zur

Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerster Zeit eigenmächtig verlassen zu haben.

Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel:

Zusammenschluß des Volkes

in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.

gez. von Hindenburg."

Wer diese beiden zeitlich und im Wesen verschiedenen Kundgebungen Hindenburgs vergleicht, findet eine verblüffende Aehnlichkeit der Formulierung. Manche Wendungen kehren fast wörtlich wieder. Einmal wurde uns in diesen Wendungen der **Youngplan** schmackhaft gemacht, das andere Mal die **„eiserne" Kandidatur Hindenburgs.**

Im März 1930 hat er nach „gewissenhafter Prüfung" und im Gefühl „seiner Verantwortung" sich entschlossen, was er als „seine Pflicht" ansah und wovon er sich des ſdentenwahl aus den Händen der zleichen Leute an, die ihn seinerzeit mit dem Youngplan und sonst noch ungezählte Male in verhängnisvolle Irrtümer führten.

Das Verantwortungs- und Pflichtgefühl in Ehren! Aber damit allein ist noch keine deutsche Befreiungspolitik gemacht.

Hindenburg hat jahrelang bitter enttäuscht. Er selbst ist durch seine politischen Berater einer Reihe schwerster Enttäuschungen zum Opfer gefallen. Daß er aus diesen Erfahrungen nicht die richtige Lehre zu ziehen vermochte, ist die grenzenlose Tragik um die Person dieses Mannes.

Das deutsche Volk wird am 13. März sorgen, daß der neue Irrtum Hindenburgs ihm nicht nochmals zum Verhängnis wird.

Es wählt einmütig: Adolf Hitler

Also doch französisches Roheisen!

Eine wenig überzeugende Erklärung des Roheisenverbandes zu unserem Artikel „Wirtschaftliches Paneuropa"

In unserer Ausgabe vom 15. Februar hatten wir mitgeteilt, daß nach unserer Information deutschen Verbrauchern durch den Roheisenverband Roheisen von französischen Hüttenwerken geliefert würde, und hatten um Aufklärung gebeten. Erfreulicherweise haben die maßgebenden Stellen nicht lange hierauf warten lassen. Wir lassen die entsprechende Erklärung des Roheisenverbandes nachstehend folgen:

„Der Versand von deutschem Roheisen macht zur Zeit nur einen Bruchteil des Versandes im Jahre 1929 aus. Die Lage der Hochofenindustrie ist so schlecht, wie seit Jahrzehnten nicht, und schon allein aus diesem Grunde besteht nicht das mindeste Interesse daran, ausländisches Roheisen nach Deutschland hereinzunehmen. Im Gegenteil bemüht sich der Roheisenverband im Interesse der Beschäftigung der Werke und der Arbeiterschaft immer wieder mit allen Mitteln, seinerseits Absatz nach fremden Ländern zu finden.

Die Gefahr eines stärkeren Eindringens ausländischen Roheisens nach Deutschland ist in Verfolg des überaus tiefen Preisstandes und der Tatsache, daß im anderen Ländern die Erzeugungsbedingungen (niedrigere Löhne, Zinsen, Frachten, Steuern, fehlende Reparationsverpflichtungen) günstiger sind, sehr groß, zumal das handelspolitische Rüstzeug Deutschlands gegen volkswirtschaftlich unerwünschte Einfuhr keinen genügenden Schutz mehr bietet. Während alle anderen Länder, von den Vereinigten Staaten angefangen bis zu England, Frankreich und Polen, in den letzten Monaten alle Maßnahmen darauf abgestellt haben, ihre Industrien in immer stärkerem Umfange zu schützen, glaubt die deutsche Regierung, sich weiterhin abwartend einstellen zu können. Die Eisenindustrie hat sich bei dieser Sachlage vielfach mit privaten Abmachungen ringen Mengen (noch nicht 2 ‰ der deutschen Erzeugung) des französischen Roheisens, die nach Deutschland hereinkommen, haben ihre Grundlage in einem derartigen übrigens älteren Kontingentskommen, ohne das zweifellos bedeutend größere Mengen nach Deutschland eingeführt werden würden, zumal, wie bereits erwähnt, die preislichen Verhältnisse auf dem Weltmarkt einen Anreiz hierzu bieten."

Uns genügt diese Erklärung nicht. Der Tatbestand wird zugegeben, aber er wird bagatellisiert mit dem Hinweis, 1. daß es sich nur um kleine Mengen handelt, 2. daß es der deutschen Hüttenindustrie augenblicklich sehr schlecht gehe, und daß 3. die Weltmarktpreise für Roheisen sehr niedrig seien. All das wissen wir. Trotzdem verstehen wir nicht, daß ausgerechnet der Roheisenverband als Schützer der nationalen Arbeit seinen Kunden französisches Eisen liefert. Der Hinweis darauf, daß ohne das Dazwischentreten des Roheisenverbandes die ausländische Einfuhr noch größer sein würde, überzeugt uns nicht. Der Roheisenverband wie die anderen Verbände haben doch sonst immer so wirksame Kampfmittel zur Hand, wenn es sich darum handelt, ihre Machtansprüche durchzusetzen. Wir könnten davon ein Lied singen und werden dieses demnächst laut und deutlich anstimmen.

Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß es nicht zu verantworten ist, daß, solange noch deutsche Werke stillstehen, ausländische Ware eingeführt wird. Die Verbände mögen wissen, daß sie jetzt nicht mehr machen können, was sie wollen, sondern daß sie sich daran gewöhnen müssen, daß wir Nationalsozialisten sie bei all ihrem Tun und Lassen mit dem Brennspiegel verfolgen als das Gewissen des hellhörig gewordenen deutschen Volkes. Wir haben seit Jahren gerufen und gewarnt, aber man wollte uns nicht hören. **Wir rufen auch heute wieder die Führer der schaffenden Wirtschaftsstände auf, sich endlich unserer Bewegung bedingungslos anzuschließen und mit uns zu arbeiten.** Wir lassen uns nicht von unserer klaren Linie abbiegen. Der Zustrom zu uns, auch aus führenden Wirtschaftskreisen, wird immer stärker, besonders nachdem die **Deutsche Volkspartei Westfalen-Süd** endlich beschlossen hat, sich **aufzulösen.** Mögen die früheren Volksparteiler bei ihrer Entscheidung jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben und dorthin gehen, wo sie hingehören: zur NSDAP.! — Hier wird der Erfolg sein, nicht bei Hugenberg!

Die C.V. Juden wählen am 13. März systemtreu!

Grund genug, daß

wir Hitler wählen!

Wahlpropaganda und Brotpreis

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, war nach Berliner Muster auch im Westen geplant, den Brotpreis zu erhöhen, weil in den letzten Tagen ein dauerndes Steigen der Getreide- und Mehlpreise erfolgte. Diesen katastrophalen Zusammenbruch ihrer Preissenkungspolitik durfte die Regierung angesichts der kommenden Entscheidungswahlen nicht zulassen! Das Volk muß bei Stimmung erhalten werden. So wurde denn von amtlicher Seite geplant, größeren Mengen billigen Getreides zur Senkung der Getreidepreise zur Verfügung zu stellen. Das westdeutsche Handwerk winkte ab. Es war von der — meist fragwürdigen — Qualität dieses Senkungsgetreides nicht überzeugt. Diese Aktion schlug jedenfalls fehl. Da man zu keiner Einigung kam, wurde mit dem Streik gedroht. **Die Regierung griff kurzerhand zu dem Mittel und verbot die Brotpreiserhöhung unter Androhung von Gefängnisstrafen, was in Kreisen des Bäckerhandwerks erhebliche Erregung hervorgerufen hat.** Was die Wahlen nicht alles bewirken!

Sie sind für Hindenburg

Weil sie den nationalen Sozialismus fürchten

Die sog. „unpolitischen" Hindenburg-Ausschüsse, mit denen die rot-schwarzen Bankrottparteien auf Bauernfängerei gehen, wimmeln von Generaldirektoren, Industriekönigen, pensionierten Ministern und anderen Großverdienern. Was sie verteidigen, erfährst Du nachstehend.

Es verdienen:

Generaldirektor des Siemens-Konzerns jährlich 800 000 RM.

Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (steht auf der Sahmliste) 600 000 RM.

Generaldirektor der IG. Farben 500 000 RM.

Direktor der Krupp AG. (steht auf der Sahm-Liste) 120 000 RM.

Vorstandsmitglied der Dedi-Bank 350 000 RM.

Die Liste kann endlos fortgesetzt werden. Auf die Ministerpensionen und schwarz-roten Bonzengehälter, die in Gefahr sind, von Hitler abgebaut zu werden, kommen wir noch zurück.